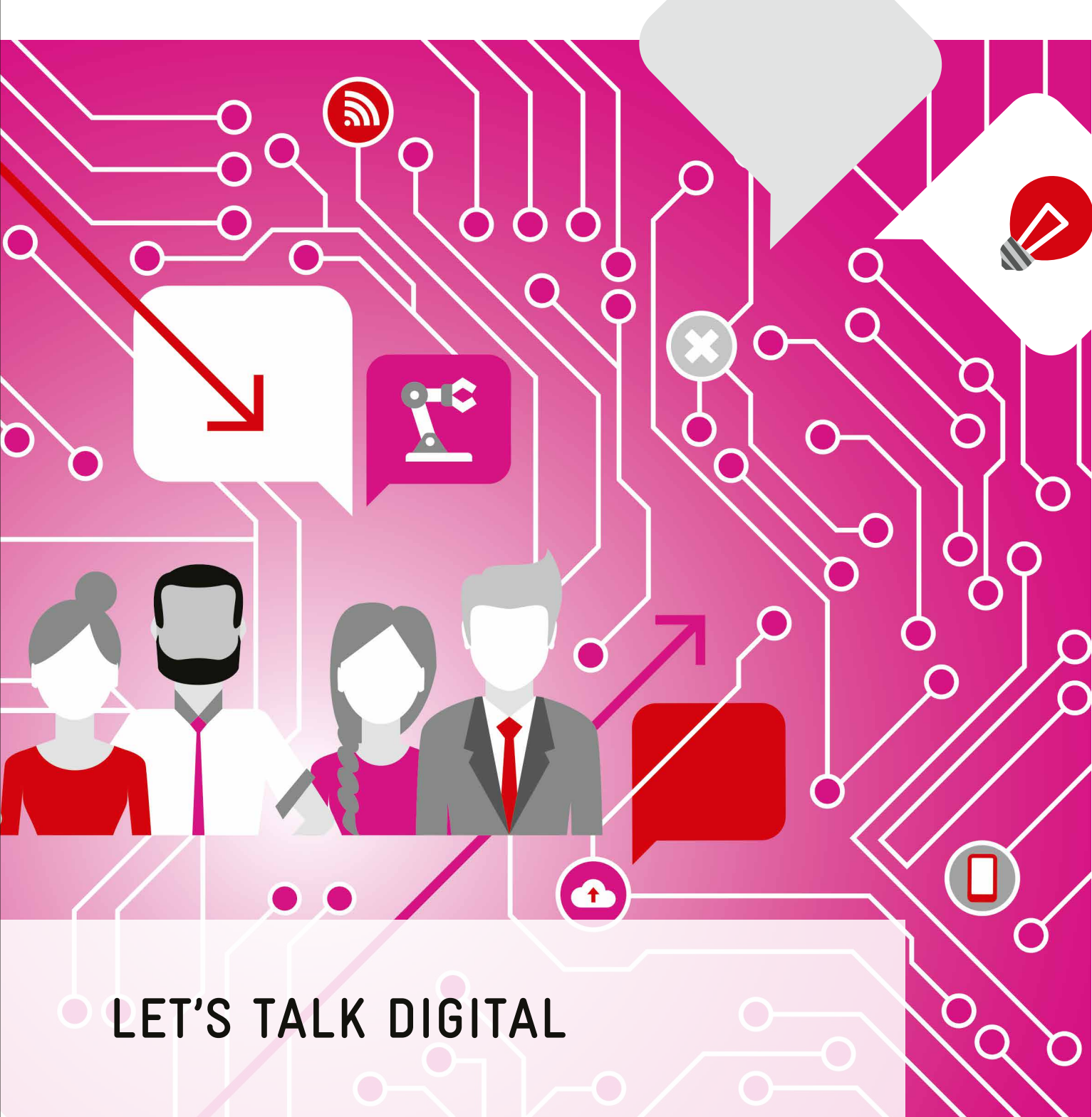




LET'S TALK DIGITAL

Anwendungsbeispiele digitaler Technologien
im Bereich Governance und Konflikt

DIE AGENDA 2030

Eine umweltschonende Weltwirtschaft mit guten Arbeitsbedingungen für alle Menschen und eine Gesellschaft frei von Hunger, Armut und Ungleichheit: Die Agenda 2030 ist das wohl anspruchsvollste Vorhaben, das die Weltgemeinschaft je in Angriff genommen hat. Kernstück der Agenda sind 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung mit insgesamt 169 Unterzielen. Diese im Englischen „Sustainable Development Goals (SDG)“ genannten Ziele orientieren sich an fünf übergeordneten Prinzipien, die das eigentlich Neue der Agenda 2030 sind:

UNIVERSELLE GÜLTIGKEIT

In jedem Land besteht Entwicklungs- oder Veränderungsbedarf im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Daher ist die Agenda 2030 universell für alle Staaten dieser Welt – Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer – gültig.

NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN

Alle Menschen sollen ein würdevolles Leben ohne Armut und Hunger führen können. Niemand soll künftig zurückgelassen werden und von sozialer Entwicklung ausgeschlossen sein.

INTEGRIERTE ZIELSYSTEME

Der integrierte Charakter steht für die Erkenntnis, dass die Ziele unteilbar sind und in ausgewogener Weise drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung Rechnung tragen: der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Dimension.

GEMEINSAME VERANTWORTUNG

Der Anspruch ist zudem, partnerschaftlich die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie Wohlstand und Frieden zu fördern. Dazu tragen Regierungen, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Bürgerinnen und Bürger und die Wissenschaft gleichermaßen bei.

RECHENSCHAFTSPFLICHT

Die Umsetzung der Agenda wird auf nationaler, regionaler und globaler Ebene überprüft. Regelmäßig soll über den Fortschritt Rechenschaft abgelegt werden.

GEMEINSAM VERÄNDERUNG BEWIRKEN

Als Dienstleister der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung und internationale Bildungsarbeit engagieren wir uns weltweit für eine lebenswerte Zukunft. Wir haben mehr als 50 Jahre Erfahrung in unterschiedlichsten Feldern, von der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über Energie- und Umweltthemen bis hin zur Förderung von Frieden und Sicherheit. Das vielfältige Know-how des Bundesunternehmens GIZ wird rund um den Globus nachgefragt – von der deutschen Bundesregierung, Institutionen der Europäischen Union, den Vereinten Nationen, der Privatwirtschaft und Regierungen anderer Länder. Wir kooperieren mit Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und wissenschaftlichen Institutionen und tragen so zu einem erfolgreichen Zusammenspiel von Entwicklungspolitik und weiteren Politik- und Handlungsfeldern bei. Unser Hauptauftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Alle Auftraggeber und Kooperationspartner schenken der GIZ ihr Vertrauen dabei, Ideen für politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen mit ihnen gemeinsam zu entwickeln, konkret zu planen und umzusetzen. Als gemeinnütziges Bundesunternehmen stehen wir für deutsche und europäische Werte. Gemeinsam mit unseren Partnern in den nationalen Regierungen weltweit sowie mit Kooperationspartnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft arbeiten wir flexibel an wirksamen Lösungen, die Menschen Perspektiven bieten und deren Lebensbedingungen dauerhaft verbessern.

Die GIZ hat ihren Sitz in Bonn und Eschborn. Unser Geschäftsvolumen betrug im Jahr 2017 rund 2,6 Milliarden Euro. Von den 19.506 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in rund 120 Ländern sind fast 70 Prozent als Nationales Personal vor Ort tätig. Als anerkannter Träger des Entwicklungsdienstes entsenden wir derzeit 590 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer. Darüber hinaus hat das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM), eine Arbeitsgemeinschaft aus GIZ und der Bundesagentur für Arbeit, im Jahr 2017 385 Integrierte und 484 Rückkehrende Fachkräfte an lokale Arbeitgeber in den Einsatzländern vermittelt beziehungsweise finanziell oder durch Beratungs- und Serviceleistungen unterstützt. *

*Personal- und Geschäftszahlen: Stand 31.12.2017

LET'S TALK DIGITAL

Anwendungsbeispiele digitaler Technologien
im Bereich Governance und Konflikt



INHALT

04 Einführung und Einstieg

09 Unsere Projekte

- 10 | **Ghana:** Geodaten und Steuer-Software verhelfen Ghanas Distrikten zu finanzieller Autonomie
- 12 | **Armenien:** Bürgernah und transparent – die armenische Kommunalverwaltung
- 14 | **Marokko:** „Vorsicht im Internet“ – Sensibilisierung für Datenschutz in Marokko
- 16 | **Ecuador:** Ecuador reagiert per Knopfdruck auf Gewalt gegen Frauen
- 18 | **Palästina:** „Dooz“ – Eine Plattform für die Bevölkerung von Nablus
- 20 | **Bangladesch:** Ein gerechteres Justizsystem in Bangladesch dank verlässlicher Daten
- 22 | **Dominikanische Republik:** Ausbau des Frühwarnsystems in der Dominikanischen Republik
- 24 | **Kolumbien:** Videospiel in Kolumbien lehrt: Gewalt ist nie die richtige Lösung
- 26 | **Georgien:** Crowdsourcing sorgt für verstärkte Anwendung georgischer Gesetzestexte
- 28 | **Indonesien:** App gegen Korruption in Indonesien – Technologien für mehr Transparenz
- 30 | **Mauretanien:** „Mauritania goes digital“ und setzt auf die Verbesserung kommunaler Leistungen
- 32 | **Südafrika:** Offline trifft online: Partizipative Parkgestaltung zur Gewaltprävention

35 Trends und Ausblick

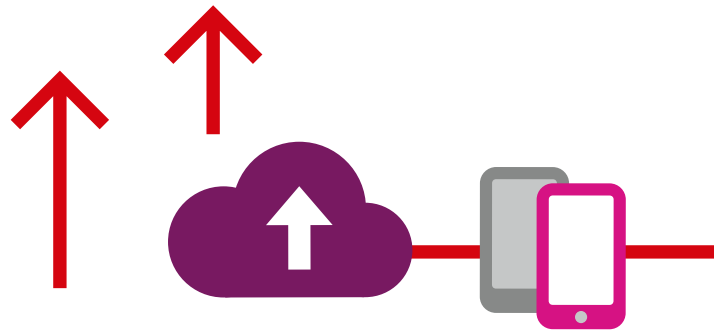
45 Kontakt und Impressum

DIGITALE ANWENDUNGEN IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Digitale Technologien haben die Entwicklungszusammenarbeit und damit auch die Arbeit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) grundlegend verändert. Was vor wenigen Jahren noch Zukunftsfantasie war, ist heute Normalität. Die Digitalisierung erlaubt es uns, mit ganz neuen methodischen und konzeptionellen Ansätzen die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung in unseren Partnerländern zu unterstützen. Dabei dient uns die Digitale Agenda der Bundesregierung als Orientierungsrahmen.

Auch die Fachabteilung Governance und Konflikt hat sich in Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen in den letzten Jahren neue technologische Möglichkeiten in sehr unterschiedlichen Kontexten zunutze gemacht. So ist es uns etwa gelungen, mit dem Einsatz digitaler Technologien die Arbeit von Verwaltungen effizienter zu gestalten, Menschen besser vor Naturkatastrophen zu warnen und die Rechenschaftspflicht von staatlichen Institutionen gegenüber Bürgerinnen und Bürgern zu stärken.

Auf der Basis unserer Arbeit vor Ort konnten wir viele praktische Erfahrungen im Einsatz digitaler Technologien sammeln und haben in dieser Publikation zwölf Beispiele aus unseren Partnerländern zusammengestellt. Dabei sind drei Erkenntnisse als besonders wesentlich aufgefallen.



VERLÄSSLICHE DATEN ALS GRUNDLAGE

Wir haben gelernt, dass Daten eine zunehmend zentrale Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielen. In der Planung, Steuerung und Evaluierung von Projekten sind wir genauso auf verlässliche Daten angewiesen wie unsere Partner in der Entwicklung und Umsetzung von Reformmaßnahmen, der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen oder der Stärkung von Transparenz und Bürgerbeteiligung.

Die Datenrevolution ist Chance und Herausforderung zugleich. Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir uns mit dem Thema Daten intensiv auseinandergesetzt, um nachhaltige Entwicklung zu fördern, wie die folgenden Beispiele zeigen.

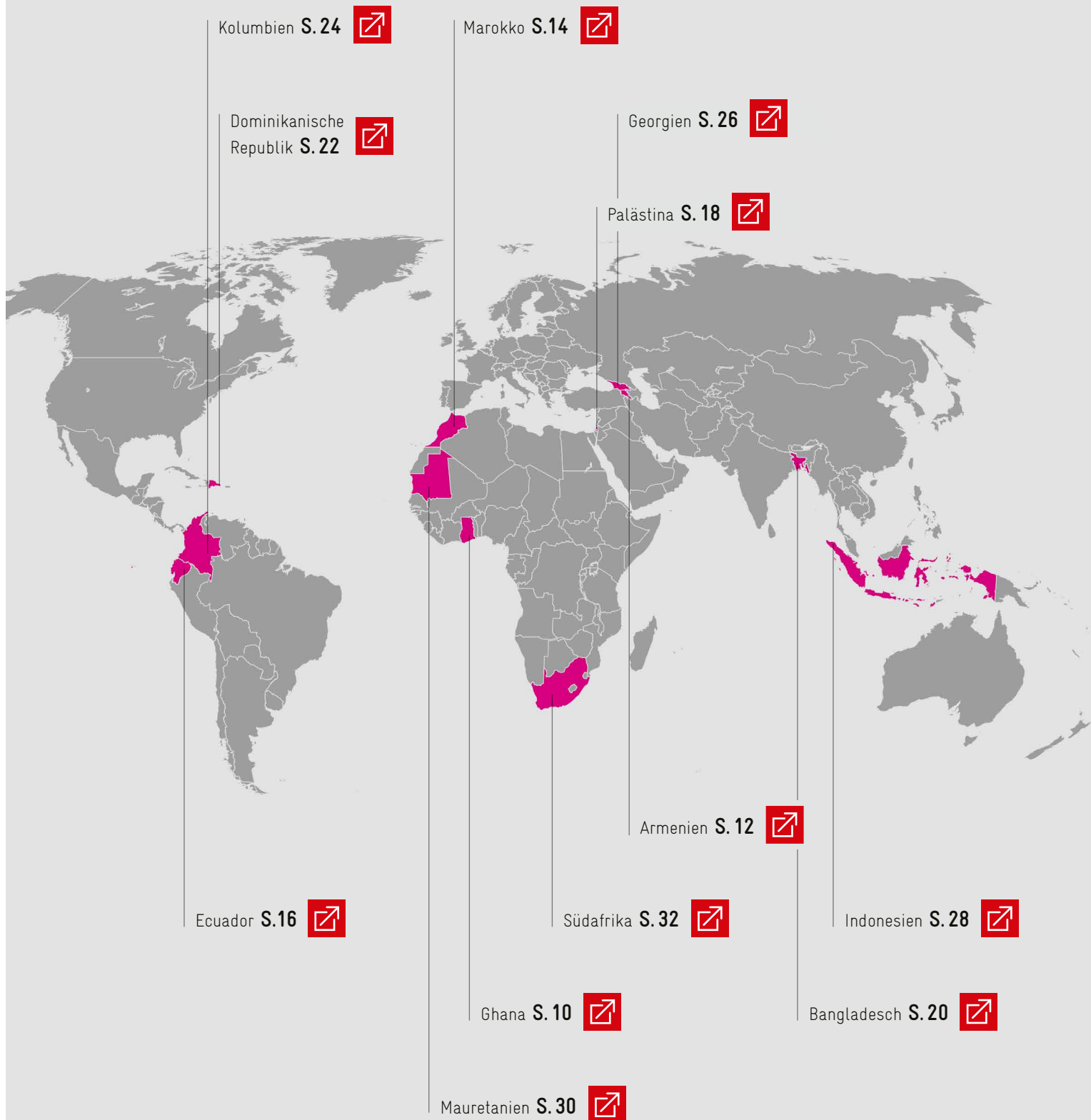
- In **Ghana** erleichtert die breite Erfassung von Grundstücks- und Katasterdaten in einer zentralen Datenbank die Erhebung der lokalen Grundsteuer.
- In **Bangladesch** können dank einer umfassenden Digitalisierung bestehender Daten viele Inhaftierte, die ohne rechtskräftige Verurteilung einsitzen, auf eine zügige Bearbeitung ihrer Fälle hoffen.
- Der Aufbau einer modernen IT-Infrastruktur zur digitalen Analyse von Verwaltungsdaten hat in **Mauretanien** zu einer Verbesserung der kommunalen Dienstleistungen beigetragen.
- Die Einführung eines „Management-Informationssystems“ bietet mehr als 250 Gemeinden in **Armenien** Werkzeuge für eine effiziente und bürgernahe Selbstverwaltung.

DIGITALISIERUNG IST KEIN SELBSTZWECK

Trotz der vielfältigen Möglichkeiten, die der digitale Wandel mit sich bringt, begreifen wir Digitalisierung nicht als Selbstzweck. Ob digital oder analog – bei der Unterstützung gesellschaftlicher Veränderung stellen wir die Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Nachhaltigkeit stets in den Mittelpunkt. Digitale Anwendungen sind dabei eines von vielen Instrumenten, die wir einsetzen und in langfristige Entwicklungsstrategien einbetten. Dies zeigt sich sehr deutlich an den folgenden Beispielen:

- In **Indonesien** ist es durch die Kombination von Trainings für lokale zivilgesellschaftliche Organisationen und den Einsatz einer mobilen App möglich, Missstände bei kommunalen Dienstleistungen aufzudecken.
- Dank innovativer Online-Kampagnen und einer intensiven Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ist es der **marokkanischen** Regierung mit GIZ Unterstützung gelungen, die Bevölkerung für einen bewussten Umgang mit persönlichen Daten im Internet zu sensibilisieren.
- Die Kombination von Präsenz-Veranstaltungen und virtuellem Austausch über die Internetplattform „Dooz“ sorgt in **Palästina** für mehr Transparenz politischer Entscheidungen und verstetigt den Dialog zwischen Regierung und Bevölkerung.
- In **Südafrika** haben sich Jugendliche und Frauen dank des Online-Spiels „Minecraft“ Gehör in öffentlichen Beteiligungsprozessen verschaffen können und damit Einfluss auf Maßnahmen zur Eindämmung urbaner Gewalt und Kriminalität genommen.

ÜBERSICHT UNSERER BEISPIELPROJEKTE WELTWEIT





ZUSAMMENARBEIT NEU DENKEN

Wir haben auch gelernt, dass wir noch viel mehr als früher auf Expertise von Außen angewiesen sind, um den digitalen Wandel in unseren Partnerländern kompetent zu begleiten. Die rasante technologische Entwicklung verbunden mit der zunehmenden Komplexität der Aufgaben, denen wir tagtäglich begegnen, erfordern einen tiefgreifenden Wandel in der Art und Weise wie wir arbeiten.

Unsere Projekte waren schon immer von einer engen Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Partnern gekennzeichnet. Doch nun bauen wir unsere Kooperationsmodelle noch weiter aus, um geeignete Partner zu finden, und intensivieren auch den Austausch mit Organisationen, die uns in der schnelllebigen Welt der Digitalisierung helfen, frühzeitig Chancen und Risiken neuer Trends zu erkennen. Hierbei richten wir unseren Blick auf Kooperationen mit internationalen Organisationen und auf den Privatsektor einschließlich aufstrebender Startups und lokaler Technologieunternehmen in unseren Partnerländern. Zudem unterstützen wir unsere Partner vermehrt beim Einsatz digitaler Anwendungen, um die Zusammenarbeit zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern zu stärken.

- In der **Dominikanischen Republik** nutzen wir mit der Unterstützung deutscher Fachorganisationen, unter anderem dem Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme, die Entwicklung eines digitalisierten Frühwarnsystems für Naturkatastrophen, um die Kommunikation zwischen einzelnen Behörden zu verbessern und Warnungen für die Bevölkerung verständlicher zu gestalten.
- Die Zusammenarbeit mit einem lokalen Telekommunikationsunternehmen in **Ecuador** erlaubt es uns über eine Applikation,

möglichst viele Menschen über Gewalt gegen Frauen aufzuklären.

- In **Kolumbien** haben wir ein interdisziplinäres Team aus Designern, Programmierern und Pädagogen darin unterstützt, ein Online-Spiel zu entwickeln, das Jugendliche für die Komplexität des langjährigen bewaffneten Konflikts und die Notwendigkeit friedlicher Lösungen sensibilisiert.
- Um die Anwenderfreundlichkeit von juristischen Texten zu erhöhen, setzen wir in **Georgien** auf die Expertise von Fachleuten aus der Praxis und binden sie über eine Online-Plattform beim Formulieren von Fachliteratur und Kommentaren zu Gesetzestexten ein.

Mit dieser Sammlung wollen wir den Austausch und ein gemeinsames Lernen anregen, um den digitalen Wandel mit seinen Chancen und Herausforderungen in unseren Partnerländern weiterhin wirkungsvoll und kompetent zu begleiten. Wir würden uns freuen, wenn Ihnen diese Beispiele Anregungen geben, und noch mehr, wenn wir Sie inspiriert haben, Ihre Praxisbeispiele ebenfalls aufzuzeichnen und über diese mit uns in einen Austausch zu kommen.

IN VERTRETUNG FÜR UNSERE FACHPLANERINNEN UND FACHPLANER DER ABTEILUNG STEHEN IHNEN HIERFÜR MIT RAT UND TAT ZUR SEITE:

Ute Böttcher ute.boettcher@giz.de

Lisa Hiemer lisa.hiemer@giz.de

Arlett Stojanovic arlett.stojanovic@giz.de

Joachim Fritz

Abteilungsleiter Governance und Konflikt
Eschborn, den 31. August 2018



In Südafrika unterstützt die GIZ die Stadt Johannesburg dabei, den öffentlichen Raum sicherer zu machen. In einem vielseitigen Beteiligungsprozess werden Groß und Klein mobilisiert, an der Neugestaltung von Parks mitzumachen. Welche Rolle hier ein Online-Spiel hat, lesen Sie auf [Seite 32](#).



Lesen Sie über unsere Projekte
auf www.giz.de



UNSERE PROJEKTE

GEODATEN UND STEUER-SOFTWARE VERHELFFEN GHANAS DISTRIKTEN ZU FINANZIELLER AUTONOMIE



GHANA

Projektname:

Unterstützung von Dezentralisierungsreformen

Kontaktinformationen der Ansprechpartnerin:

Dr. Nina Korte, nina.korte@giz.de

Projektstart: 2014

SDG-Zuordnung → 16 17

Neu eröffnete Bürgerbüros und die Einführung einer Verwaltungs-Software verschaffen den Bürgerinnen und Bürgern Ghanas landesweit besseren Zugang zu kommunalen Dienstleistungen und Einblick in lokale Entscheidungen.

KONTEXT

Mit der vor über 20 Jahren begonnenen Dezentralisierungsreform in Ghana haben 254 Distrikte nicht nur mehr Entscheidungsautonomie erhalten, sondern ebenfalls die Verpflichtung, selbstständig lokale Steuern zu erheben. Der Anteil eigener Einnahmen am Distrikthaushalt blieb bisher gering. Dies nicht zuletzt, weil es den lokalen Behörden in Ghana an grundlegenden Informationen über Anzahl und Aufenthaltsort ihrer Steuerzahler fehlte: In vielen Gegenden gab es weder ein Straßen- noch ein Grundstücksregister.

ANSATZ

Die GIZ unterstützt im Rahmen des Dezentralisierungsprogramms 60 Distrikte in Ghanas zehn Regionen bei der Verbesserung der Erhebung, Planung und Verwaltung ihrer Finanzen. Dies umfasst auch den Aufbau von Geodatenbanken. Zunächst gilt es, Satellitenbilder mithilfe von Geoinformationssystemen zu digitalisieren und als Vektorkarten aufzubereiten. Auf diesen digitalen Karten werden dann Grundstücke, öffentliche Plätze und Sehenswürdigkeiten identifiziert, Straßennamen und Hausnummern

vergeben. Schließlich werden Besitzer und Bewohner der Liegenschaften besucht, befragt und registriert.

Die so erhobenen Daten fließen in einem zweiten Schritt in eine Steuer-Software ein, mit deren Unterstützung Distrikte in der Lage sind, lokale Steuereinnahmen zu verwalten und auf Basis vorhandener Daten zu prognostizieren. Da die Software mit den digitalen Karten verknüpft ist, macht sie offensichtlich, wo jemand seine Steuerschuld nicht beglichen hat. Gleichzeitig ermöglicht sie, Steuerbescheide zu generieren, auszudrucken und zu verschicken.

WIRKUNG

Einige Distriktverwaltungen konnten bereits ein vollständiges Steuerregister, insbesondere zur Erhebung der Grundsteuer, inklusive Geodaten aufbauen. In anderen Bezirken geht es schleppender voran, auch weil der Prozess ressourcenintensiv ist. Doch „jene Distrikte, die das Potenzial der Maßnahme erkannt haben, sind

„Jene Distrikte, die das Potenzial der Maßnahme erkannt haben, sind heute Vorreiter und profitieren bereits von den Vorteilen.“

Naku Kwei Adama,
Berater bei der Einführung
der Software





Die neu registrierten Straßen werden nun erstmals mit offiziellen Straßenschildern versehen. Die Namensvergabe der Straßen erfolgt unter Einbezug diverser Stakeholder.

heute Vorreiter“, berichtet Naku Kwei Adama, Berater bei der Einführung der Software.

Eine solche Vorreiterrolle nimmt Bibiani-Anhwiaso-Bekwai im Westen Ghanas ein. Vor dem Programm zählte Bibiani gerade einmal 100 registrierte Grundstücke, heute sind es 3.289. In der Folge verzeichnete die lokale Verwaltung ein Steuerplus von 39 Prozent.

AUSBLICK

Nachdem die Distrikte mit der fortschreitenden Dezentralisierung immer weniger auf nationale Unterstützung durch Transferzahlungen bauen können, sind sie zunehmend auf eine effiziente Erhebung eigener Einnahmen angewiesen. Die Einführung von Fiskalkatastern im Verbund mit einer Steuer-Software in den Distrikten ist daher von großer Bedeutung. Bis zum Projektende im Jahr 2019 wird die GIZ die Distriktverwaltungen und die nationale Regierung darin unterstützen, die Einführung der Software großflächig voranzutreiben. Dies wird auch Kommunikationsmaßnahmen einschließen, um Bürgerinnen und Bürger und politische Entscheidungsträger von der Relevanz der Steuererhebung zu überzeugen und sie in die Haushaltsplanung einzubeziehen.

Nach der Digitalisierung der Satellitenfotos werden die Grundstücke in Kataster eingeteilt und mit Identifikationsnummern versehen.



Die neue Software zeigt den Gemeinde-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf einem Blick, wo die Grundsteuer bereits eingezogen wurde, und wo sie noch aussteht.



In den Planungsbüros der Distrikte werden die Satellitenbilder auf Basis der im Feld gesammelten Daten validiert.

BÜRGERNAH UND TRANSPARENT – DIE ARMENISCHE KOMMUNALVERWALTUNG



ARMENIEN

Projektname:

Gute lokale Regierungsführung Südkaukasus

Kontaktdaten der Ansprechpartnerin:

Katrin Schäfer, katrin.schaefer@giz.de

Projektstart: 2013

SDG-Zuordnung → 11 16

Neu eröffnete Bürgerbüros und die Einführung einer Verwaltungs-Software verschaffen den Bürgerinnen und Bürgern Armeniens landesweit besseren Zugang zu kommunalen Dienstleistungen und Einblick in lokale Entscheidungen.

KONTEXT

Armenien ist territorial und administrativ stark fragmentiert, wobei die Hälfte der 915 Kommunen (Stand 2015) weniger als 1.000 Einwohner hat. Viele dieser kleinen Kommunen waren zuletzt nicht mehr in der Lage, alle Verwaltungsaufgaben zufriedenstellend zu bewältigen. Die armenische Regierung läutete deshalb im Jahr 2015 eine umfassende Gebiets- und Verwaltungsreform ein, um die Zahl der Kommunen bis Ende 2018 auf weniger als 200 zu reduzieren. Dabei ging es auch darum, allen Bürgerinnen und Bürgern landesweit besseren Zugang zu kommunalen Dienstleistungen und einen direkten Einblick in Verwaltungsprozesse und lokale Entscheidungen zu eröffnen.

ANSATZ

Mit finanzieller Unterstützung Deutschlands, der USA und der Schweiz initiierte die GIZ zwei Maßnahmen, um die kommunale Verwaltung zu modernisieren und Demokratie auf lokaler Ebene zu stärken: Sie unterstützte in 28 Gemeinden die Eröffnung von Bürgerbüros, um Armenierinnen und Armeniern einen direkteren Zugang zur Kommunalverwaltung zu ermöglichen.

Darüber hinaus wurde ein „Management-Informationssystem“ (MMIS) zur Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung in mehr als 270 Gemeinden eingeführt. Dieses bietet lokalen Regierungen die nötigen Werkzeuge für eine effiziente und bürgernahe Selbstverwaltung – von Informationsmaterial, Verzeichnissen über E-Services-Komponenten bis hin zu internen und externen Kommunikationsinstrumenten. Als webbasiertes System ermöglicht das MMIS überdies den Betrieb der offiziellen Webseite der Gemeinden inklusive verschiedener Online-Beteiligungsmechanismen. Darüber hinaus wird der kommunale Haushalt online in verständlicher Form veröffentlicht. Damit ist für die Bevölkerung nachvollziehbar, über welche finanziellen Mittel die Gemeinde verfügt und wofür sie das Geld ausgibt. Viele der Dienste sind auch online durch Bürgerinnen und Bürger abrufbar, so kann er oder sie etwa die Bearbeitung der Anträge bequem von zu Hause nachverfolgen. Letztlich erlaubt das System auch einen reibungslosen Datenaustausch zwischen kommunaler, regionaler und nationaler Verwaltung. Wird ein Verwaltungsvorgang in einem Ortsteil der Gemeinde über das MMIS angesto-



ßen, wird dieser sofort digital im zuständigen Bürgerbüro registriert und kann dann dort von den verantwortlichen Gemeindeangestellten bearbeitet werden. So wird sichergestellt, dass Bürgerinnen und Bürger auch nach der Zusammenlegung von Gemeinden weiterhin Dienstleistungen wohnortnah erhalten können.

WIRKUNGEN

Rund 600.000 Bürgerinnen und Bürger – über 30 Prozent der Einwohner im ländlichen Raum – profitieren bereits von der verbesserten Dienstleistung, und die Vorteile für sie wie für die Kommunen sind bemerkenswert. So hat die Einführung des Programms die Effizienz der Verwaltung deutlich erhöht. Dauerte es früher bis zu zwei Wochen, um eine Baugenehmigung zu erhalten, ist dies nach der Einführung des MMIS in drei bis sieben Tagen erledigt. Bürgerinnen und Bürger können die Bearbeitung ihrer An-

fragen online verfolgen und sich über Entwicklungen in ihrer Kommune informieren. Dafür sorgt eine Onlineplattform, auf der Projekte von der Planungs- bis zur Implementierungsphase allgemein einsehbar sind und die Bevölkerung zur Online-Diskussion eingeladen ist.

AUSBLICK

Diese Erfolge überzeugten unmittelbar: Schon 2015 gewann Armenien den Preis der weltweiten „Open Government Partnership“ in der Kategorie „Smart Municipality“. Im Folgejahr holte die Software MMIS den Preis für die beste kommunale Online-Lösung bei der „Cyber Security and ICT Innovation Conference“ in Georgien. Zukünftig soll die Anwendung in weiteren Regionen Armeniens eingeführt und mit anderen staatlichen Informationssystemen wie dem Personenstandsregister verbunden werden. Die Installation des MMIS ist in über 450 Kommunen und Ortsteilen geplant, in weiteren 19 Gemeinden sollen Bürgerbüros eingerichtet werden.



Auch die Webseite der Gemeinde Ashtarak wird über ein Informationssystem organisiert. Auf einen Klick sind hier Haushalt und Grundstücksverwaltung abrufbar. Die Seite integriert außerdem verschiedene Online-Beteiligungsmechanismen, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich in aktuelle Debatten einzubringen.



◀ In einer der über 270 teilnehmenden Gemeinden geben eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter Informationen in das „Management-Informationssystem“ (MMIS) ein. Die Daten können so reibungslos mit anderen Büros auf regionaler und nationaler Ebene ausgetauscht werden.

„VORSICHT IM INTERNET“ – SENSIBILISIERUNG FÜR DATENSCHUTZ IN MAROKKO



MAROKKO

Projektname:

Struktur- und ordnungspolitischer Beratungsfonds

Kontaktdaten des Ansprechpartners:

Alexander Besch, alexander.besch@giz.de

Projektstart und -ende: 2011–2018

SDG-Zuordnung → 16

Marokko hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Vorreiter in der Region im Thema Datenschutz entwickelt. Dank innovativer Kampagnen und intensiver Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft konnte die Bevölkerung für einen bewussten Umgang mit persönlichen Daten sensibilisiert werden.

KONTEXT

Marokko steht vor enormen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Reformen auf den Weg gebracht und eine Reihe von Institutionen geschaffen, um den modernen Prinzipien der Verfassung von 2011 zu entsprechen. Der Schutz persönlicher Daten und das in der Verfassung verankerte Recht auf Privatsphäre spielen auch deshalb eine wichtige Rolle, weil sie helfen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Institutionen zurückzugewinnen.

Doch die Sensibilisierung der Bevölkerung für die informationelle Selbstbestimmung steht noch ganz am Anfang. Trotz zahlreicher Maßnahmen sind die Risiken und Gefahren, die insbesondere die Nutzung sozialer Netzwerke mit sich bringen, in der marokkanischen Bevölkerung noch weitgehend unbekannt. Während die Zahl der Fälle von Datenmissbrauch stetig zunimmt, wissen nur wenige Nutzerinnen und Nutzer, wie sie sich im Internet sicher verhalten und ihre Privatsphäre schützen. Vielen ist auch nicht bewusst, dass sie sich an staat-

liche Stellen wenden können, um Hilfe beim Schutz ihrer Daten zu erhalten.

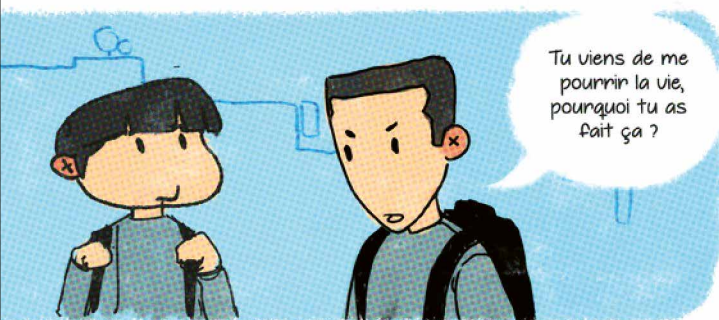
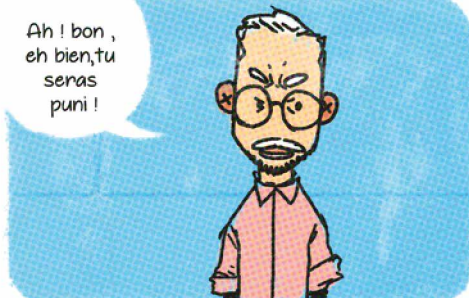
ANSATZ

Die GIZ arbeitet eng mit der marokkanischen Datenschutzbehörde zusammen, um unter anderem durch Informations- und Sensibilisierungskampagnen ein stärkeres Bewusstsein für den Schutz privater Daten und die informationelle Selbstbestimmung zu schaffen. Durch Comics, YouTube-Videos und Radiospots werden ganz unterschiedliche Zielgruppen angesprochen und für das Thema sensibilisiert. So waren zum Beispiel in dem Wettbewerb „Koun3labal“ (auf Deutsch etwa: „Sei vorsichtig!“) YouTuber dazu aufgerufen, sich in einem Video kreativ mit dem Thema Datenschutz auseinanderzusetzen. Sowohl die Möglichkeiten als auch die Risiken und Gefahren des Internets und der sozialen Netzwerke sollten jungen und Social-Media-affinen Marokkanerinnen und Marokkanern auf diese Weise nähergebracht werden. Zudem unterstützte die GIZ die zivilgesellschaftliche Organisation „La Voix de la Femme Amazigh“ dabei, minderjährige Frauen über ihre Rechte aufzuklären und zu schützen.



„[...] Wir nutzen das Format Comic, um auf einfache Art und Weise für relevante Gesetztestexte zu sensibilisieren. In 2016 haben wir auch einen Wettbewerb durchgeführt, der die besten Youtube-Videos prämiert, die sich mit dem Thema Datenschutz befassen.“

Lahoussine Aniss,
Generalsekretär der Datenschutzbehörde



„Wenn du nicht willst, dass jeder weiß, was du machst, dann vermeide es, dein Leben auf Facebook zu verkünden“ – der Comic „Vorsicht im Internet“ stellt alltägliche Situationen junger Menschen dar.

Das geschah vor allem mit Blick darauf, dass die persönlichen Daten junger Frauen auf sozialen Netzwerken – auf falsche Eheversprechen hin – von Familienangehörigen geteilt werden. Dies geschieht häufig ohne jegliches Einverständnis der Betroffenen. Junge Frauen befinden sich dadurch sehr schnell in einer Situation von Ausnutzung und Missbrauch persönlicher Datenrechte.

WIRKUNG

Marokko gilt heute zu Recht als Pionier beim Thema Datenschutz. Dieser wird von der marokkanischen Datenschutzbehörde gefördert und von Zivilgesellschaft, Unternehmen sowie Journalistinnen und Journalisten als wichtige Errungenschaft angesehen. Der rasante Anstieg der Beschwerden über mangelnden Datenschutz oder gar Datenmissbrauch, die bei der Datenschutzbehörde eingehen, zeigt nicht nur ein wachsendes Verständnis für die Relevanz des Themas. Auch die Popularität und das

Vertrauen in die Behörde und die mit ihr kooperierenden staatlichen Stellen wie Polizei und Justiz sind in den letzten Jahren gestiegen. Die hohen Klickzahlen im Rahmen des YouTube-Wettbewerbs, die Auszeichnung des Comics „Vorsicht im Internet“ und die erfolgreiche Durchführung der 38. Internationalen Datenschutzkonferenz in Marrakesch zeigen, dass Deutschlands Zusammenarbeit mit Marokko beim Thema Datenschutz Früchte trägt.

AUSBLICK

Die Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung werden von der marokkanischen Datenschutzbehörde in Zukunft weitergeführt. Zudem ist sie – wie auch in Deutschland und anderen Ländern – für die Förderung und den Schutz der Informationsfreiheit zuständig. Ob diese Verantwortung allerdings dauerhaft bei ihr verbleibt oder eine neue Behörde geschaffen wird, ist noch unklar.

ECUADOR REAGIERT PER KNOPFDRUCK AUF GEWALT GEGEN FRAUEN



ECUADOR

Projektname: Initiative Junt@s im Rahmen des Regionalvorhabens ComVoMujer (Gewalt gegen Frauen in Lateinamerika bekämpfen)

Kontaktdaten der Ansprechpartnerin:

Christine Brendel, christine.brendel@giz.de

Projektstart: 2015

SDG-Zuordnung → **5** **10** **17**

Im Rahmen des GIZ-Regionalvorhabens ComVoMujer entwickelte der ecuadorianische Telekommunikationsriese CNT eine Applikation, um über Gewalt gegen Frauen zu informieren und betroffenen Frauen die Möglichkeit zu geben, per Knopfdruck einen Notruf auszulösen.

KONTEXT

Trotz bestehender Gesetze und nationaler Aktionspläne ist Gewalt gegen Frauen in Lateinamerika immer noch trauriger Alltag. In der Region haben sieben von zehn Frauen in ihrem Leben Gewalt in irgendeiner Form erfahren. Dies hat nicht nur schwerwiegende Folgen für die persönliche Entwicklung der Betroffenen und deren Familien, sondern wirkt sich auch auf Unternehmen aus: Gewalt gegen Frauen kostet ecuadorianische Kleinstunternehmerinnen jährlich 8,7 Millionen US-Dollar, wie eine Studie der GIZ und der Universität San Martín de Porres in Lima belegt. Denn Mitarbeiter, die Gewalt ausüben, und Mitarbeiterinnen, die von Gewalt betroffen sind, arbeiten oft unkonzentriert, machen mehr Fehler und haben häufiger Arbeitsunfälle – all das führt zu einer geringeren Produktivität des Unternehmens.

Vor diesem Hintergrund arbeitet das Regionalprogramm ComVoMujer der GIZ eng mit dem Privatsektor in Ecuador, Bolivien, Paraguay und Peru zusammen, um Frauen besser zu schützen und nachhaltig gegen Gewalt an Frauen vorzugehen.

ANSATZ

Ein starker Partner ist dabei das ecuadorianische Telekommunikationsunternehmen CNT, das die Prävention von Gewalt gegen Frauen zur Priorität seines gesellschaftlichen Engagements gemacht hat. Zusammen mit ComVoMujer hat CNT die Applikation Junt@s („Gemeinsam“) entwickelt. Sie richtet sich primär an Frauen, die unter Gewalt leiden. Aber auch Personen, die Gewalt gegen Frauen in ihrem näheren Umfeld beobachten, sollen durch die Anwendung sensibilisiert werden.

Junt@s hilft dabei, erste Anzeichen von Gewalt zu erkennen und sich über mögliche Unterstützung und Hilfe sowie über Maßnahmen zum Selbstschutz und zur Stärkung von Frauen zu informieren. Dazu schickt die App einerseits ermutigende Nachrichten und unterstützende Ratschläge, damit die betroffenen Frauen ihr Schweigen brechen. Andererseits beinhaltet Junt@s kurze Sensibilisierungstests für Frauen – und für Männer. „Wenn du wütend auf deine Partnerin bist, schlägst du dann auf Gegenstände ein oder zerstörst sie?“, werden männliche Nutzer zum Beispiel gefragt. Und Frauen können dank

der Tests einschätzen, wie selbstbestimmt sie sind: „Gibst du seinen sexuellen Wünschen vor allem aufgrund von Angst oder Druck nach?“, lautet etwa eine Frage an sie.

Solche Tests und Nachrichten schaffen ein Bewusstsein dafür, welches Verhalten Gewalt fördert oder gar gesetzlich verboten ist. Doch nicht

nur das: Die App hilft Frauen auch unmittelbar in Notsituationen. Durch einen Klick setzt die App einen verschlüsselten Hilferuf an Freunde oder Familienmitglieder oder auch direkt an die allgemeine Notrufnummer 911 ab.

WIRKUNGEN

„Besonders interessant finde ich die Selbsttests, mit denen sich feststellen lässt, ob man selbst gewalttätig handelt oder an Gewalt leidet. Dank des Tests ist es möglich, die ersten Zeichen von

Gewalt zu erkennen“, berichtet eine Nutzerin. Gesicherte Informationen über Nutzerzahlen gibt es allerdings nicht – aus gutem Grund, denn die Applikation setzt auf Datensparsamkeit.

Nutzerverhalten oder etwa Anrufe werden bewusst nicht gespeichert, um die Betroffenen nicht zusätzlich zu gefährden.

Es ist dennoch davon auszugehen, dass die Applikation in Ecuador viele Frauen und Männer erreicht, denn sie ist auf allen Mobiltelefonen, die CNT als größtes Mobilfunkunternehmen des Landes verkauft, vorinstalliert. In Ergänzung zur App hat CNT gemeinsam mit ComVoMujer eine Sensibilisierungskampagne lanciert: 350 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden in Präsenzworkshops und 7.000 weitere online zum Umgang mit Gewalt gegen Frauen ausgebildet.

Die Applikation ist für andere Organisationen ebenfalls kostenlos nutz- und auch für andere Länder anpassbar. Kolumbien und Panama haben bereits Interesse an Junt@s bekundet.

AUSBLICK

Aufbauend auf den positiven Erfahrungen mit der Applikation wurden im Rahmen des Vorhabens ComVoMujer weitere Anwendungen entwickelt. Etwa die Gewaltpräventions-App „Game Over“. Mit Liedern, Videos und Comics richtet sie sich an Jugendliche zwischen zwölf und 16 Jahren und soll ihnen – ähnlich wie Junt@s – dabei helfen, Situationen zu erkennen, die zu diskriminierenden und gewalttätigen Handlungen führen. Selbsttests ermöglichen es den Jugendlichen, ihren Lernfortschritt festzustellen.

„Gewalt kennt keine Abstufungen. Gewalt ist Gewalt. Gemeinsam können wir sie verhindern.“

So der Flyer der Kooperationspartner, um auf Junt@s aufmerksam zu machen.



Das Hauptmenü von Junt@s mit diversen Aktionsfeldern: Etwa dem Selbsttest oder der Möglichkeit, Informationen über Zufluchtsorte und Anlaufstellen für Frauen in Not abzurufen.



„Die Möglichkeit unbemerkt den Notruf auszulösen, finde ich besonders hilfreich.“

Das erzählt eine Nutzerin, die Junt@s seit sechs Monaten nutzt, in einem Videobeitrag.

→ www.youtube.com/watch?v=YbXBTpOUehY



„DOOZ“ – EINE PLATTFORM FÜR DIE BEVÖLKERUNG VON NABLUS



PALÄSTINA

Projektname:

Reformprogramm zur Kommunalentwicklung

Kontaktdaten des Ansprechpartners:

Hans Frühauf, hans.fruehauf@giz.de

Projektstart: 2015

SDG-Zuordnung → **5** **11** **16**

Dank der Internetplattform „Dooz“ sind die Bürgerinnen und Bürger der palästinensischen Stadt Nablus über relevante Themen aus ihrer Region informiert und in Diskussionen eingebunden. Das erhöht auch den Druck auf die lokale Politik, die Bedürfnisse der Menschen zu beachten.

KONTEXT

Politische Entscheidungen werden in Nablus in der Regel hinter verschlossenen Türen getroffen. Und insgesamt haben die Bewohnerinnen und Bewohner Palästinas nur sehr beschränkte Möglichkeiten, an Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Wofür beispielsweise ihre Steuergelder verwendet werden, wissen sie auch deshalb nicht, weil sich die mediale Berichterstattung meist auf große internationale Themen beschränkt. Diese jedoch betreffen die Bürgerinnen und Bürger von Nablus und den umliegenden Dörfern, Städten oder in den vier großen Flüchtlingslagern Balata, Askar Al-Jadid, Askar al Qadim und Ein Beit al-Ma‘ nicht unmittelbar.

ANSATZ

Gemeinsam mit der Deutschen Welle Akademie entwickelte die GIZ neue Instrumente, um Transparenz und politische Teilhabe in Palästina zu fördern. Eines der Ergebnisse ist die Plattform Dooz, Nachrichtenportal, Austauschplattform und „Watchdog“ zugleich. Die Webplattform mit dazugehöriger Facebook-Seite ist eine digitale Ergänzung zu moderierten, öffentlichen

Anhörungen, bei denen Bürgerinnen und Bürger direkt mit Vertretern ihrer Kommunalverwaltungen diskutieren können. Dooz ist somit eine wichtige Schnittstelle zwischen On- und Offline-Welt.

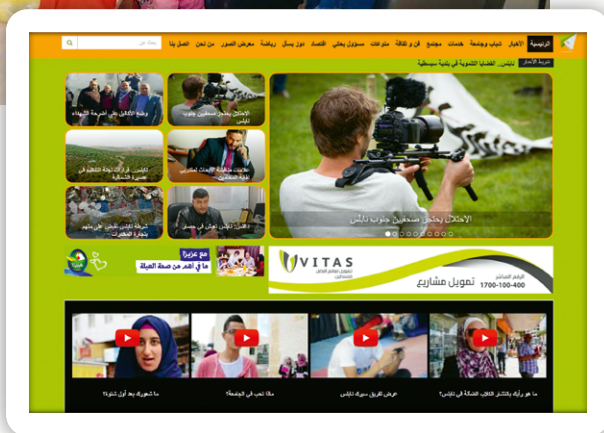
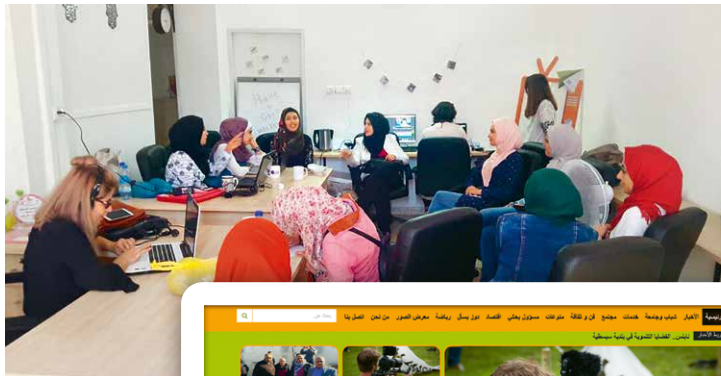
In persönlichen Geschichten oder in Straßenumfragen kommen unter der Rubrik „Wenn ich Bürgermeister wäre ...“ Bewohnerinnen und Bewohner zu Wort. Dossiers, Serviceangebote oder Terminübersichten informieren sie tagesaktuell. Und im Format „Ein Verantwortlicher spricht“ stehen lokale Abgeordnete zu bestimmten Themen Rede und Antwort.

Dabei bedient Dooz ausschließlich lokale Themen – beispielsweise Haushaltspläne, kommunale Ausgaben oder den öffentlichen Nahverkehr. „Wir greifen auf, was die Menschen unmittelbar betrifft, was vor ihrer Haustür passiert“, erzählt Dooz-Redakteurin Jalaa Abu Arab. „Wir lassen die Bürger zu Wort kommen und tragen deren Belange weiter“. Dabei ist Dooz auch

„Wir greifen auf, was die Menschen unmittelbar betrifft, was vor ihrer Haustür passiert.“

Jalaa Abu Arab,
Dooz-Redakteurin

Dooz-Journalistinnen planen in einer Redaktionssitzung die nächsten Themen.



deshalb so erfolgreich, weil die Betreiber sich selbst um die Nachwuchsförderung kümmern und neue Redakteurinnen und Redakteure ausbilden.

WIRKUNGEN

Dooz erhöht die Rechenschaftspflicht von Verwaltung und Politik und trägt so dazu bei, die Basisdienstleistungen für die lokale Bevölkerung zu verbessern. Inzwischen hat die Plattform einen enormen Bekanntheitsgrad und ist von vielen Akteuren akzeptiert. Weist sie auf Missstände in öffentlichen Dienstleistungen hin, reagieren die Behörden für gewöhnlich schnell, um Imageverlust zu verhindern. Ein Beispiel dafür ist die Sanierung eines öffentlichen Spielplatzes: Beim Spielen hatte sich ein Kleinkind an einem Metallgerüst schwer verletzt. Die Großmutter kontaktierte daraufhin Dooz via Facebook. Noch am selben Tag besichtigten Dooz-Redakteure den Spielplatz. Sie verfilmten die Geschichte, berichteten über den Vorfall und baten die Stadtverwaltung um Stellung. Der Fall sorgte für großes öffentliches Aufsehen. Am Ende entschied die Stadtverwaltung, den Spielplatz sanieren zu lassen.



In einer der von Dooz organisierten öffentlichen Anhörung stehen Entscheidungsträger Rede und Antwort. Über die Plattform wird das Format online mit Artikeln und Stimmen aus der Bevölkerung begleitet.

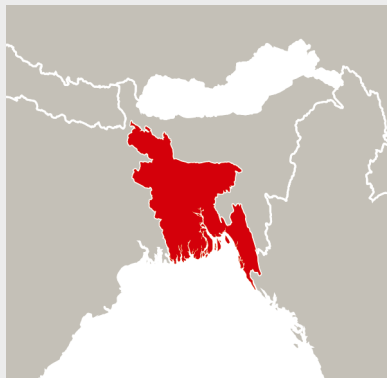
Alle Informationen auf einen Blick: Auf der Webseite finden sich neben Artikeln mit lokalem Fokus zahlreiche Videos, in denen die Bevölkerung der Region zu Wort kommen.

Im Rahmen des Ausbildungskonzepts wurden inzwischen 15 Bürgerjournalisten ausgebildet und zehn Studierende haben ein offizielles Pflichtpraktikum bei Dooz absolviert. Übrigens sind 90 Prozent der Mitarbeiter junge Frauen. Dooz gibt ihnen und anderen Frauen eine Stimme und die Möglichkeit zur aktiven Gestaltung ihrer Umgebung.

AUSBLICK

Inzwischen wurde damit begonnen, einen Dooz-Ableger in Tulkarem aufzubauen. Die Möglichkeit, die Arbeit auch im Gazastreifen auszuweiten, wird derzeit geprüft. GIZ stellt zurzeit rund 85 Prozent des Budgets von Dooz. Einen Teil der Finanzen generiert die Plattform jedoch durch Werbeeinnahmen selbst. Dank ihres Erfolgs war es außerdem möglich, weitere Fördermittel für die Plattform aufzubringen: Die Konrad Adenauer Stiftung in Palästina finanziert inzwischen einen Teil der Ausbildung von Bürgerjournalisten in Tulkarem.

EIN GERECHTERES JUSTIZSYSTEM IN BANGLADESCH DANK VERLÄSSLICHER DATEN



BANGLADESCH

Projektname:

Justiz- und Gefängnisreform zur Förderung der politischen Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung

Kontaktdaten der Ansprechpartnerin:

Promita Sengupta, promita.sengupta@giz.de

Projektlaufzeit: 2012–2018

SDG-Zuordnung → **16**

Umfassende Datenerhebung und Digitalisierung bestehender Daten ermöglichen in Bangladesch dringend erforderliche und grundlegende Justiz-Reformen, nicht zuletzt um die Situation von Häftlingen und ihren Angehörigen zu verbessern.

KONTEXT

Die Justiz in Bangladesch steht vor enormen Herausforderungen: Gefängnisse sind mit einer Auslastung von durchschnittlich 200 Prozent, in Extremfällen sogar bis zu 700 Prozent massiv überbelegt und Gerichte stark überlastet. Weil derzeit Verhandlungen in über drei Millionen Fällen ausstehen, warten viele Untersuchungshäftlinge jahrelang auf ihren Prozess. Über zwei Drittel der in Bangladesch Inhaftierten sitzen ohne rechtskräftige Verurteilung ein. So wird das Gefängnis für viele schon bei kleineren Vergehen zur Endstation – mit gravierenden Folgen auch für ihre Familien.

Reformbemühungen scheiterten in der Vergangenheit nicht zuletzt an einem Mangel an verlässlichen Informationen. Zwar waren immer wieder Daten zur Situation in Gefängnissen, an Gerichten und zu einzelnen Fällen erhoben worden, doch waren diese oft nur auf Papier verfügbar und nicht einfach abrufbar und verwertbar. Obwohl der Regierung ihr Handlungsbedarf im Justizsektor bewusst war, fehlte daher lange der erforderliche Überblick, um konkrete Reformansätze und einen Aktionsplan festzulegen.

ANSATZ

Die GIZ vereinbarte in Gesprächen mit dem Justizminister 2013 eine weitreichende Erhebung, Digitalisierung und Archivierung von Daten. Dieser sogenannte „Justice Audit“, eine zunächst in fünf Verwaltungsbezirken pilotierte Bestandsaufnahme im Justizsektor, erfasste Datenbestände von Institutionen wie Gefängnissen, Polizeibehörden und Gerichten zu Gefangenen, Gerichtsurteilen, Maßnahmen der Rechtsbeihilfe sowie institutionellen Kapazitäten. Daten aus unterschiedlichen Quellen wurden hierbei digitalisiert, bereinigt und zusammengeführt.

Diese Informationen wurden nicht nur anonymisiert und visualisiert der Öffentlichkeit bereitgestellt, sondern auch in Workshops in den jeweiligen Distrikten gemeinsam mit Entscheidungsträgern aus Verwaltung und Zivilgesellschaft wie Gerichten,

„Der „Justice Audit“ bietet einen besonderen Einblick in unser Strafrechtssystem, nicht nur für Politiker und Regierungsbeamte, sondern auch für Medien, die Zivilgesellschaft und allgemeine Bevölkerung. Diese Transparenz wird die Debatte zum Thema weiter anheizen, und leistet damit einen Beitrag zur weiteren Reform des Justizsektors.“

Anisul Huq,
Justizminister, bei der offiziellen
Eröffnung des Piloten zum „Justice
Audit“ (September 2014)



FALLBEISPIEL

Der Fall Taher Ali steht exemplarisch für die Herausforderungen, vor denen der Justizsektor steht.

Taher Ali wurde im Jahr **2004 wegen Diebstahls zu einer Haftstrafe von vier Jahren verurteilt**.

Die Gefängnisleitung wurde jedoch nicht ordnungsgemäß über die Länge seiner Haftstrafe informiert. In Folge dessen blieb Taher Ali selbst nach Verbüßung seiner Strafe weiter inhaftiert und musste befürchten, den Rest seines Lebens im Gefängnis zu verbringen. 2016 wurde Taher Ali's Fall durch vom GIZ-Projekt

ausgebildete Rechtshelfer, die in Gefängnissen tätig sind, übernommen. Sie stellten fest dass keinerlei Unterlagen über seinen Fall vorlagen.

Nach über 12 Jahren in Haft wurde Taher Ali am 20. Oktober 2016 freigelassen. Die Rechtshelfer hatten seinen Fall einem Komitee vorgelegt, das vom Projekt ins Leben gerufen wurde. In dem Komitee sind alle für die Lösung solcher Fälle relevanten Institutionen vertreten und sie kamen zu dem Schluss, dass alle verfügbaren Beweise für eine Entlassung sprechen. Taher Ali ist heute ein freier Mann.

209 %

beträgt die durchschnittliche Belegung in Bangladeschs Gefängnissen*



Die Rechtshelfer auf dem Weg zur Unterstützung von Häftlingen in Gefängnissen. Das GIZ-Programm unterstützt die Ausbildung der „Paralegals“.

* Quelle: Bericht des obersten Gerichtshofs (2016), Nationale Behörde für Strafvollzug (2017, Bangladesch)

Distriktverwaltung, Anwaltskammern und Sozialämtern ausgewertet. Die Auswertung dieser Daten lieferte ganz spezifische Einblicke in bestimmte Problemfelder und ermöglicht dadurch eine angepasste Behandlung von Inhaftierten. So wurde beispielsweise festgestellt, dass es sich bei vielen der ausstehenden Fälle um Drogendelikte handelt. Daraufhin wurde eine engere Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium für eine bessere Prävention, Aufklärung und Behandlung beschlossen.

WIRKUNGEN

Dank des „Justice Audit“ ist es erstmals möglich, einen Überblick über die Situation des Justizwesens in Bangladesch zu erhalten. Früher waren Statistiken, etwa zum Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Polizei und Justiz, zur Aufschlüsselung des Fallrückstandes oder zu Formen von Kriminalität kaum vorhanden. Nach der Bestandsaufnahme sind nun Blockaden innerhalb des Strafrechtssystems eindeutig zu ermitteln. Das versetzt Politik und Verwaltung in die Lage, auf der Basis verlässlicher Informationen Entscheidungen zu Budgets, Personal oder auch über Resozialisierungsmaßnahmen zu treffen.

Durch die Veröffentlichung der Daten online können auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Medien auf die anonymisierten Informationen zurückgreifen. Diese Transparenz ermöglicht eine kritische und faktenbasierte öffentliche Diskussion über die Situation in Bangladeschs Justizwesen.

AUSBLICK

Der nächste „Justice Audit“ wird Mitte 2018 veröffentlicht. Mit der Ausweitung des Projekts von fünf auf alle 64 Verwaltungsbezirke im Jahr 2016 ist nun zum ersten Mal überhaupt ein umfassender Überblick über die Lage des Justizsystems in Bangladesch möglich. Erste Analysen zeigen, dass die Daten einen völlig neuen Blick auf mögliche Ursachen und Lösungsansätze für die Verbesserung von Justiz und Strafvollzug ermöglichen. Die GIZ wird Bangladesch im Rahmen einer Folgemaßnahme auch weiterhin bei der Formulierung und Durchführung konkreter Reformen des Justizsystems unterstützen, indem sie zum neuen Strafvollzugsgesetz und dessen Umsetzung berät und maßgeschneiderte – auch digitale – Maßnahmen für verbesserte Rechtsbeihilfe und die zügige Bearbeitung von Fällen vorantreibt.

AUSBAU DES FRÜHWARN-SYSTEMS IN DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK



DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Projektname:

Informationstechnologien für Frühwarnung

Kontaktdaten der Ansprechpartnerin:

Katharina Schaaff, katharina.schaaff@giz.de

Projektstart: 10/2013

SDG-Zuordnung → 16

Jährlich leidet die Dominikanische Republik unter Hochwasser und anderen Naturereignissen, die oftmals katastrophale Folgen für die Menschen, ihr Hab und Gut sowie für die öffentliche Infrastruktur haben. Ein effektives, bürgerorientiertes Frühwarnsystem, das die Bevölkerung unmissverständlich und über alle relevanten Kanäle erreicht, kann für größere Sicherheit sorgen.

KONTEXT

Immer wieder wird die Bevölkerung der Dominikanischen Republik von Katastrophen heimgesucht. Auch in der Hauptstadt Santo Domingo überschwemmt der Río Ozama regelmäßig die ufernahen Stadtteile. Obwohl sich die zuständigen dominikanischen Behörden der Bedeutung rechtzeitiger Warnungen an die Bevölkerung durchaus bewusst waren, erzielten entsprechende Meldungen oft nicht die gewünschte Wirkung. Einerseits richteten diese sich häufig nicht primär an die Bevölkerung und waren daher nicht handlungsleitend und verständlich formuliert. Andererseits wurden sie nicht über alle relevanten Kanäle verbreitet. Neben Radio und Fernsehen, worüber die Warnungen meist erfolgten, sind in den gefährdeten Gebieten insbesondere Smartphones ein beliebtes Informationsmittel.

Und noch ein weiteres Problem zeichnete sich ab: So existierten keine klar definierten institutionenübergreifenden Warnstufen, an denen sich die Bevölkerung hätte orientieren können. Forderte etwa eine lokale Organisation mit der Warnstufe „Gelb“ dazu auf, sich auf

die Evakuierung vorzubereiten, kündigte dieselbe Farbe im System des nationalen Wetterdienstes lediglich eine bestimmte Niederschlagsmenge an. Dies stellte weniger für die miteinander kommunizierenden Institutionen ein Problem dar, wohl aber für die Bevölkerung, die Schwierigkeiten hatte, die teils widersprüchlichen Meldungen zu interpretieren. Weil staatlicherseits vor allem die verantwortlichen Katastrophenschutzbehörden als zuständig erachtet wurden, um etwa Evakuierungen zu organisieren, stand der Selbstschutz der Bevölkerung lange Zeit nicht im Mittelpunkt.

ANSATZ

Gemeinsam mit den Partnern „Dominican Institute for Integral Development“, dem dominikanischen Umweltministerium, und beauftragt durch das „Climate Technology Centre and Network“ beleuchtete die GIZ deshalb das bestehende Warnsystem und die Einsatzmöglichkeiten neuer Technologien.

„Zunächst diente uns die Technologie vor allem dazu, den Austausch und die Koordi-

nierung zwischen den Institutionen über Verbesserungsmöglichkeiten im Frühwarnsystem anzuregen“, sagt Katharina Schaaff, GIZ-Projektmanagerin des Vorhabens. Später kamen neue Technologien auch bei der Umsetzung des identifizierten Reformbedarfs ins Spiel. Um das System zukünftig stärker auf Bürgerinnen und Bürger hin auszurichten, gilt es nun, eine Kommunikationsplattform zu entwickeln, welche die lokalen Frühwarnsysteme und nationalen

Institutionen koordiniert und dank einer integrierten App die Bevölkerung schnell und effektiv zu warnen vermag.

WIRKUNG

„Die größte Wirkung bislang ist, dass ein Umdenken stattgefunden hat. Die Institutionen verstehen sich heute stärker als Dienstleister der Bevölkerung“, berichtet Schaaff. Im Zentrum stehe nun nicht mehr die Kommunikation der Institutionen untereinander, sondern die

verbesserte und rechtzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger und der lokalen Organisationen, um angemessen auf bevorstehende Gefahren reagieren zu können.

AUSBLICK

Nachdem inzwischen institutionenübergreifend an einem unmissverständlichen Warnstufensystem gearbeitet wird, gilt es dieses auch technisch umzusetzen. Ziel ist weiterhin eine Kommunikationsplattform mit angeschlossener Warn-App, die von verschiedenen Ebenen aus bespielt werden kann und die Bevölkerung auf ähnliche Weise informiert wie etwa die deutsche App KATWARN – genau, unmissverständlich und über viele Kanäle, auch auf mobilen Endgeräten. Eine erste Demoanwendung, die das „Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme“ entwickelt hat, liegt bereits vor und stieß unter den institutionellen Partnern auf großes Interesse. Damit ist eine effektive, bürgerorientierte Frühwarnung in der Dominikanischen Republik in greifbare Nähe gerückt.

„Zunächst diene uns die Technologie vor allem dazu, den Austausch und die Koordinierung zwischen den Institutionen über Verbesserungsmöglichkeiten im Frühwarnsystem anzuregen.“

Katharina Schaaff
GIZ-Projektmanagerin des Vorhabens



KATWARN In der Demoanwendung sieht man bereits die möglichen Funktionalitäten der neuen Applikation. Das rote Symbol weist Bürgerinnen und Bürger, die sich aktuell in einem Warnggebiet aufhalten, auf ein Extremwetterereignis hin. Auf einen Blick erfährt man, welche Institution, welche Warnstufe, warum und ab wann ausgelöst hat. Die Rubrik „Details“, erläutert, was genau passiert ist und welches Verhalten empfohlen wird. Die deutsche Vollversion ist verfügbar unter:

→ <http://katwarn.com/>



◀ Besonders die armen Gebiete von Santo Domingo sind immer wieder von den Überschwemmungen des Río Ozama betroffen.



VIDEOSPIEL IN KOLUMBIEN LEHRT: GEWALT IST NIE DIE RICHTIGE LÖSUNG



KOLUMBIEN

Projektname:

Innovationsfonds Kolumbien, Applikation „Reconstrucción“

Kontaktdaten der Ansprechpartnerin:

Barbara Häming, barbara.haeming@giz.de

Projektstart: 01/2017

SDG-Zuordnung → **4** **16**

Der langjährige bewaffnete Konflikt hat tiefe Narben in der kolumbianischen Gesellschaft hinterlassen. Ein Videospiel für Mobiltelefone sensibilisiert nun die kolumbianische Jugend für die Komplexität des Konflikts und die Notwendigkeit friedvoller Lösungen.

KONTEXT

Auch wenn das Friedensabkommen zwischen der Guerilla FARC und der Regierung seit Ende 2016 in Kraft ist, sind für viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer die Bilder des bewaffneten Konflikts immer noch sehr präsent, bei dem zwischen 1958 und 2012 nach offiziellen Zahlen etwa 218.000 Menschen ums Leben kamen, 81 Prozent davon Zivilisten.

Heute steht die Gesellschaft vor der Aufgabe, sich mit Schuld, Versöhnung und Reintegration auseinanderzusetzen. Einerseits müssen Geschehnisse verarbeitet und Misstrauen und Feindseligkeit abgebaut werden, andererseits geht es um Aufklärungsarbeit. Gerade die junge Generation muss erfahren, was ihren Eltern und Großeltern widerfahren ist oder wie sie zu Tätern wurden.

ANSATZ

Ein interdisziplinäres Team aus Designern und Designerinnen, Programmierern und Programmiererinnen sowie Pädagogen und Pädagoginnen der kolumbianischen Initiative „ViveLab-Bogotá“ und „Pathos Audiovisual“ entwickelte mit

Unterstützung des GIZ-Innovationsfonds Kolumbien ein Videospiel mit dem Titel „Reconstrucción“. Es geht dabei sowohl um die Rekonstruktion der Geschichte, als auch um den Wiederaufbau von Land und Gesellschaft. Videospiele über den kolumbianischen Konflikt gibt es zwar viele, doch sie zählten bisher alle zur Kategorie Gewaltspiel. „Reconstrucción“ hingegen verfolgt ein anderes Ziel. Unter dem Motto „la guerra no es un juego“ – „Der Krieg ist kein Spiel“ – will es den Spielerinnen und Spielern einen anderen Zugang zur kolumbianischen Vergangenheit bieten. Gamification wird hier als friedensbildendes Werkzeug eingesetzt.

Protagonistin des Spiels, das als kostenlose App verfügbar ist, ist Victoria. Victoria kehrt nach dem Krieg zurück in ihr Heimatdorf. Durch Anklicken von Büchern in ihrer alten Schule erfährt man Fakten über den Konflikt. Man wandert in Victorias Erinnerung zurück und erlebt auch jenen Tag, an dem die Paramilitärs in ihr Dorf kamen und die Bewohner der Kollaboration mit der Guerilla beschuldigten. Wie in vielen anderen Situa-



tionen des Spiels müssen die Spielerinnen und Spieler schnell eine Entscheidung treffen, die die weitere Geschichte von Victoria prägen wird: Soll Viktoria fliehen oder im Dorf bleiben? Oder soll sich Victoria der FARC anschließen, um gegen die Paramilitärs vorzugehen?

Auf Basis von Workshops mit Zeitzeugen erschufen die Macher ein Spiel, das die Komplexität des Konflikts und die unterschiedlichen Beweggründe der Beteiligten verdeutlicht. „Mich überrascht dieser Teil der Geschichte meines Landes, die ich nun aus dieser anderen Perspektive kennenlernen“, schreibt etwa ein Spieler in seiner Bewertung.

Die intensive akademische Begleitung und didaktische Aufbereitung dieses Videospiels waren mit ausschlaggebend dafür, dass diese Idee finanziell und fachlich vom Innovationsfonds Kolumbien der GIZ gefördert wurde. Dieser Fond unterstützte von 2013 bis 2017 insgesamt 29 innovative Ansätze zur Friedensförderung und begleitete ihre Weiterentwicklung und Verbreitung.



„66.000 Personen sind bis heute verschwunden“ – diese und andere Fakten über den bewaffneten Konflikt erfährt man im Laufe des Spiels und kann sie über Twitter teilen.



Nunca más se volvió a saber de más de 66.000 personas que fueron reportadas como desaparecidas en Colombia.



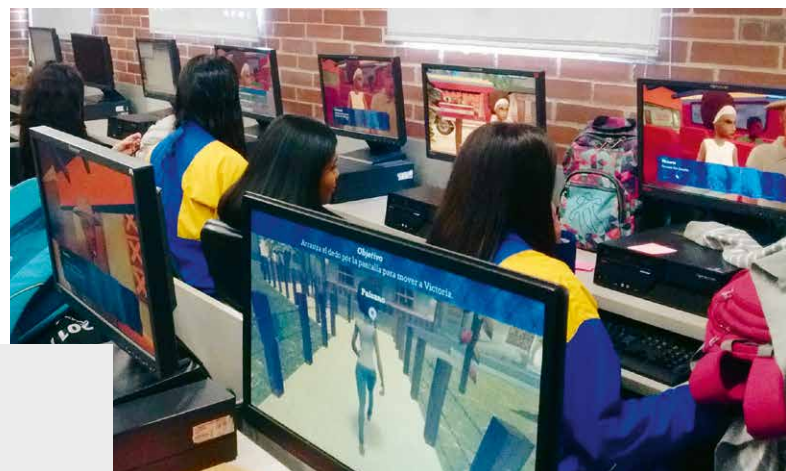
Die Protagonistin Victoria steht vor einer großen Entscheidung, die ihr weiteres Leben bestimmen wird. Als sie auf der Flucht den Kämpfern der FARC in die Arme läuft, bieten diese ihr an, sich ihnen anzuschließen.

WIRKUNG

Seit Januar 2017 ist das Spiel für Android und iOS verfügbar und wurde seitdem bereits über 10.000 mal installiert. Das Spiel informiert nicht nur über die wichtigen Daten des Konflikts, die Applikation lässt sich auch direkt mit Twitter verbinden, um die Fakten über Social-Media-Kanäle weiterzuverbreiten. Auf der Homepage der Applikation werden darüber hinaus Hintergrundinformationen über einzelne Charaktere geliefert, die auf ausgiebiger Recherche basieren. Gleichzeitig zeigen Videos die Erfahrungen von Zeitzeugen. Das Spiel bietet damit ein wichtiges Gegengewicht zum üblichen Genre Videospiel, ist doch die zentrale Botschaft: Gewalt ist niemals die richtige Lösung.

AUSBLICK

Die große Relevanz dieses Ansatzes hat auch die kolumbianische Regierung erkannt: 2017 wurde „Reconstrucción“ im Rahmen des Regierungsprogramms „Computer für Bildung“ ausgewählt. Über diese Initiative werden digitale Technologien für Bildungszwecke an Schulen verbreitet. Nun ist „Reconstrucción“ auf den Computern und Tablets für den schulischen Gebrauch vorinstalliert und findet so auch Einzug in den Unterricht an kolumbianischen Schulen. Hierzu hat nicht zuletzt die kontinuierliche fachliche Unterstützung der GIZ im Rahmen ihres Programms zur Friedensförderung beigetragen.



Über das kolumbianische Regierungsprogramm „Computer für Bildung“ können Schüler und Schülerinnen „Reconstrucción“ nun auch im Klassenraum spielen. Das Spiel ist auf den Schulcomputern vorinstalliert.

CROWDSOURCING SORGT FÜR VERSTÄRKTE ANWENDUNG GEORGISCHER GESETZESTEXTE



GEORGIEN

Projektname: Rechts- und Justizreformberatung im Südkaukasus

Kontakt Daten des Ansprechpartners:

Dr. Thomas Meyer, thomas.meyer@giz.de

Land/Region: Georgien, Armenien und Aserbaidschan

Projektstart: 2015 (mit Vorläufervorhaben seit 1992)

SDG-Zuordnung → **16**

Um juristische Texte anwenderfreundlich zu formulieren, setzen die GIZ und ihre Partner in Georgien auf die Einbindung von Fachleuten aus der Praxis und laden sie über eine Online-Plattform zur Kommentierung von Gesetzestexten und begleitender Fachliteratur ein.

KONTEXT

Seit ihrer Unabhängigkeit arbeiten die Regierungen im Südkaukasus intensiv an der Reform ihrer Rechtssysteme. Doch obwohl neue Gesetze längst eingeführt sind, blieb das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz lange gering. Dies lag auch daran, dass die neuen Gesetzestexte von Anwälten, Richtern und Behördenmitarbeitern noch nicht souverän angewandt wurden und so die progressiven Reformen der Bevölkerung unbekannt blieben.

Ein Ziel der GIZ bei der „Rechts- und Justizreformberatung im Südkaukasus“ ist es deswegen, die Anwenderfreundlichkeit von Gesetzestexten zu erhöhen. Dazu berät die GIZ zuständige Ministerien, unterstützt die Fortbildung von Rechtspraktikern wie Rechtsanwälten, Notaren oder Verwaltungsbeamten und bezieht diese in die Formulierung der Texte mit ein. Dabei kommt gerade soliden Gesetzeskommentaren und Fachliteratur eine wichtige Rolle zu, denn sie tragen dazu bei, Gesetze zu verstetigen und ihre korrekte Anwendung in der Praxis zu steigern.

ANSATZ

Welchen Vorteil es hat, dabei Fachleute aus der Praxis einzubinden, zeigt sich am Begleitkommentar zum georgischen Zivilgesetzbuch. Im Rahmen des Projekts „Georgian Civil Code Commentary Project“ haben seit 2013 mehr als 30 Rechtsexperten über 4.000 Seiten zu bestehenden Vorschriften verfasst. Diese wurden auf eine interaktive Plattform hochgeladen und können dort von Interessierten eingesehen und kommentiert werden. Mit einer Suchfunktion sind Inhalte und Themen in der Datenbank schnell zu finden, und die unterschiedlichen Argumente zur Gesetzesauslegung sind leicht nachvollziehbar. Nutzer – meist Richter, Rechtsanwälte, Notare und öffentliche Angestellte – haben die Möglichkeit, die Kommentare der Autorinnen und Autoren zu ergänzen und dadurch eine Diskussion auf der Plattform anzustoßen. „Dass Bürger und Rechtsanwender Informationen

„Dass Bürger und Rechtsanwender Informationen auch finden können, ist eine Voraussetzung für den Zugang zum Recht. Hierzu tragen wir in verschiedener Weise bei, in dem wir geeignete Plattformen zur Informationssuche und zum Informationsaustausch unterstützen.“

Dr. Thomas Meyer,
Leiter des Projekts im Südkaukasus



Auf inzibati.az stehen Publikationen und Videos zum aserbaidischen Verwaltungsrecht zur Verfügung.

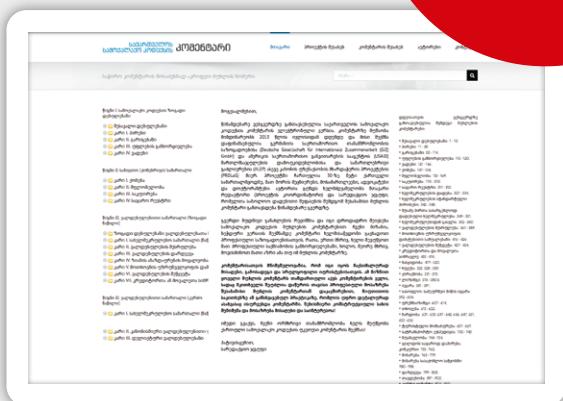
→ <http://inzibati.az/> ➤



inzibati.az wurde bereits

43.000

Mal aufgerufen.



Auf der Website des „Georgian Civil Code Commentary Project“ lassen sich die Kommentierungen des Textes nachvollziehen.

→ www.gccc.ge

auch finden können, ist eine Voraussetzung für den Zugang zum Recht. Hierzu tragen wir in verschiedener Weise bei, indem wir geeignete Plattformen zur Informationssuche und zum Informationsaustausch unterstützen“, erklärt Dr. Thomas Meyer, Leiter des Projekts im Südkaukasus.

WIRKUNG

Weil Rechtsanwender selbst den Kommentar mitverfassen, liefert er weniger allgemeine Erörterungen als viel mehr konkrete handlungsleitende Beispiele. Das steigert das Verständnis für den Gesetzestext und sorgt für einen regen Meinungsaustausch zwischen

Rechtsexperten. Dies erleichtert nicht nur die Arbeit der Juristen, sondern erhöht die Qualität der Rechtsentscheidungen, da eine homogene Praxis gefördert wird.

Laut aktuellen Umfragen ist das Vertrauen in den Rechtsstaat in der Region in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Dies ist sicher auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen, der Austausch und die daraus resultierende verbesserte Praxis in der Anwendung des Zivilrechts hat dazu aber durchaus auch einen Beitrag geleistet.

AUSBLICK

Die bestehende Internetplattform wird in den nächsten Monaten in ein Wiki-Format übertragen. So können künftig alle autorisierten Nutzerinnen und Nutzer die wichtigsten Gesetze einsehen, Kommentare ändern, korrigieren und vervollständigen oder auch einen alternativen Beitrag verfassen. Dadurch entsteht ein Kommentar zum Zivilgesetzbuch, der akademischen Standards entspricht und die aktuellen wissenschaftlichen Diskussionen sowie die gerichtliche Praxis der letzten Jahre widerspiegelt.

Auch in Aserbaidshan hat die GIZ eine ähnliche Plattform aufgebaut. Dort werden Publikationen und Videos zum Verwaltungsrecht bereitgestellt. Darüber hinaus können Richter über die Webseite Fragen zum Verwaltungsrecht an deutsche Experten stellen. Fragen und Antworten sind für Besucher online einsehbar.

APP GEGEN KORRUPTION IN INDONESIEN – TECHNOLOGIEN FÜR MEHR TRANSPARENZ



INDONESIEN

Projektname:

Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption

Kontaktdaten der Ansprechpartnerin:

Dorothea Grieger, dorothea.grieger@giz.de

Projektlaufzeit: 2016–2018 (mit Vorläufervorhaben seit 2007)

SDG-Zuordnung → 16

Die indonesische Antikorruptionskommission setzt mit Hilfe der GIZ verstärkt auf digitale Anwendungen, um die grassierende Korruption im weltgrößten Inselstaat einzudämmen.

KONTEXT

Indonesien hat in den letzten 20 Jahren eine rasante Entwicklung von autokratischen Herrschaftsverhältnissen zu einer stabilen Demokratie vollzogen. Dennoch ist Korruption dort noch immer allgegenwärtig und behindert die wirtschaftliche, demokratische und soziale Entwicklung des Landes. Viele Indonesierinnen und Indonesier setzen daher große Hoffnungen auf die nationale Kommission zur Korruptionsbekämpfung, die seit ihrer Gründung im Jahr 2003 kontinuierlich eine beeindruckende Erfolgsbilanz verzeichnet. Fortschritte sind vor allem bei der Aufdeckung von Korruptionsfällen, in die hochrangige Politikerinnen und Politiker und Regierungsbeamte diverser Parteien und Ministerien verwickelt sind, zu beobachten. Trotzdem geht die Korruption insgesamt nur langsam zurück. Dies ist unter anderem auf den mangelnden Zugang der Bevölkerung zu Informationen über staatliches Handeln und auf die begrenzten Möglichkeiten zur Interaktion der Bürgerinnen und Bürger mit Behörden zurückzuführen. Insbesondere in entlegenen ländlichen Gebieten des indo-

nesischen Archipels ist es für die Bevölkerung schwierig, sich zu informieren, um von lokalen Verwaltungen Transparenz und Rechenschaft einzufordern und dadurch der Korruption entgegenzuwirken.

ANSATZ

Mit Unterstützung der GIZ setzt die Antikorruptionskommission vermehrt auf digitale Anwendungen, um die Bevölkerung gezielt in die Präventionsarbeit einzubinden. Über eine Antikorruptions-Clearingstelle können Bürgerinnen und Bürger im Internet auf Studien, Statistiken und praktische Handlungsempfehlungen zugreifen. Eine Online-Datenbank gibt Einblick über Vermögensverhältnisse von öffentlichen Bediensteten, während die hauseigenen Radio- und Fernsehkanäle über die Arbeit der Kommission informieren und wertvolle Hinweise für den Umgang mit Korruption geben. Seit Kurzem ist auch die kommunale Ebene stärker im Fokus. Über die App „JAGA“ und die verfügbare Webplattform können sich Bürgerinnen und Bürger per Mobiltelefon einen Überblick über lokale Dienstleistungen von Schulen, Gesundheitszentren und Bürgerbüros verschaffen.



Die JAGA-App und Webplattform sind stark nachgefragt. Informationen über öffentliche Dienstleistungen sind nun leichter verfügbar. Missstände und mögliche Korruptionsfälle können leichter gemeldet werden.

→ <https://jaga.id/berita>



„Jetzt ist es einfacher für uns, Betrug, Veruntreuung und Missstände in öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen, etwa in Schulen oder Krankenhäusern, zu melden. Wir können ganz einfach unsere Smartphones oder die Webseite dafür nutzen.“

Putri Artika Resyakasih,
öffentlicher Nutzer der JAGA-App

Zudem besteht die Möglichkeit, diese Dienstleistungen zu bewerten und auf etwaige Missstände aufmerksam zu machen. Damit ergänzt die App bestehende Angebote und gibt Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, lokale Verwaltungen stärker zur Rechenschaft zu ziehen. Neben der fortlaufenden Weiterentwicklung der mobilen Anwendung unterstützt die GIZ die indonesische Regierung unter anderem darin, durch Workshops den Informationsbedarf von Bürgerinnen und Bürgern besser zu verstehen. Außerdem arbeitet das Projekt in zahlreichen Kommunen und Provinzen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen. Sie sollen als Multiplikatoren helfen, Missstände und Korruption aufzudecken und publik zu machen, indem sie zum Beispiel Informationen zur Einrichtung von Schulen überprüfen.

WIRKUNG

Die diversen Plattformen, Kommunikationskanäle und Mobilapplikationen sind in der indonesischen Bevölkerung stark nachgefragt und als verlässliche Informationsquellen und Instrumente zur Interaktion mit der Verwaltung anerkannt. Das elektronische Whistleblower-System der Antikorruptionskommission erhält etwa 2.000 Beschwerden pro Jahr. Auf das Portal für die Veröffentlichung von Vermögenserklärungen von Politikerinnen und Politikern, Regierungsvertretern und Beamten greifen monatlich sogar mehr als 35.000 Nutzerinnen und Nutzer zu. Insbesondere zivilgesellschaftliche Organisatio-

nen profitieren von den neuen digitalen Anwendungen, um noch effektiver Korruptionsfälle zu melden und die Bevölkerung über die Folgen von Korruption und mögliche Lösungen zu informieren.

Die „JAGA“-App umfasst inzwischen Daten von 48.000 Lokalverwaltungen, 404.000 Schulen, 2.777 Krankenhäusern, 10.501 Gesundheitszentren und Informationen zu 536 verschiedenen Lizenzvergabeverfahren in Bürgerämtern, unter anderem Adressen von Bürgerbüros, Angaben zu kommunalen Finanzen oder zur Anzahl von Lehrern pro Schule. Damit deckt sie über ein Drittel des gesamten nationalen Haushalts ab und verschafft Millionen von Indonesierinnen und Indonesiern Zugang zu Informationen, die ihr alltägliches Leben betreffen. Die Verwendung öffentlicher Mittel ist transparenter geworden und die Rechenschaftslegung gegenüber der Bevölkerung hat sich verbessert.

AUSBLICK

Die Arbeit der GIZ wird sich in den kommenden Monaten vermehrt auf die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern konzentrieren, die sich mit Hilfe der über „JAGA“ bereitgestellten Informationen für eine transparente und bürger-nahe Verwaltung und eine spürbare Reduzierung der Korruption auf lokaler Ebene einsetzen. Zudem wird die GIZ weiterhin die Antikorruptionskommission dabei unterstützen, die App stärker an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer auszurichten. So werden etwa weitere detaillierte Angaben zu Schulen und deren Finanzmitteln, Infrastruktur und Schulbeihilfen über die App zugänglich gemacht werden.

„MAURITANIA GOES DIGITAL“ UND SETZT AUF DIE VERBESSERUNG KOMMUNALER LEISTUNGEN



MAURETANIEN

Projektname: Stärkung der Dezentralisierung und öffentlichen Finanzen

Kontaktdaten des Ansprechpartners:

Andreas Schlötterer, andreas.schloetterer@giz.de

Projektlaufzeit: 2018–2019 (mit Vorläufervorhaben seit 2011)

SDG-Zuordnung → **5** **16** **17**

Nachdem Mauretanien im großen Stil Daten über kommunale Dienstleistungen nicht nur systematisch erhoben und digitalisiert hat, sondern diese in einem Portal auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt, konnten Dienstleistungen gezielt verbessert werden. Auch ist seither ein konstruktiver gesellschaftlicher Diskurs über die Kommunalverwaltung im Gange.

KONTEXT

Mauretaniens Regierung hat seit den 1980er-Jahren eine Vielzahl von Reformmaßnahmen für eine bürgernahe Kommunalpolitik und eine transparente und rechenschaftspflichtige Gemeindeverwaltung angestoßen. Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern öffentliche Dienstleistungen in angemessener Qualität und Quantität bereitzustellen. Bislang fehlten allerdings verlässlich dokumentierte Daten, beispielsweise über die Ausgaben und Einnahmen der Kommunen, den Investitionshaushalt sowie das Angebot an Dienstleistungen in den Gemeinden.

Ohne Daten über Budget, Personal und Dienstleistungsangebot konnten jedoch weder mauretanische Regierungsstellen noch internationale Geldgeber Investitionen auf lokaler Ebene planen, um die Umsetzung der Reformen voranzutreiben und den Kommunen zu helfen. Deshalb wurden bereits in den Jahren 2012 und 2013 Daten zur Beurteilung der Gemeindeverwaltungen und des Angebots an kommunalen Dienstleistungen, beispielsweise über die Müllbeseitigung oder den Bau und die Instandhaltung von Schulen und

Krankenhäusern erhoben. Diese wurden allerdings weder digital aufbereitet, noch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

ANSATZ

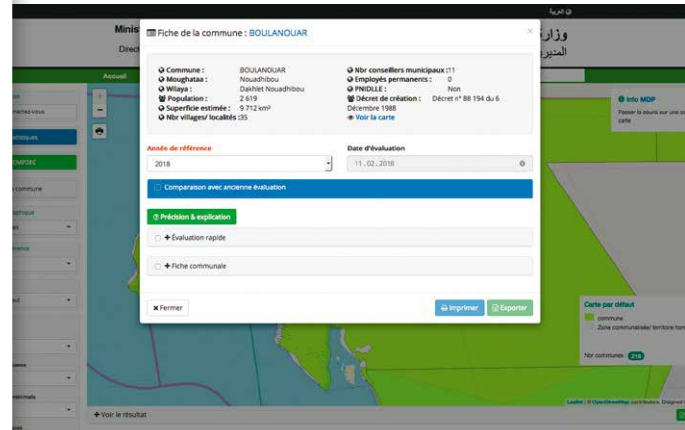
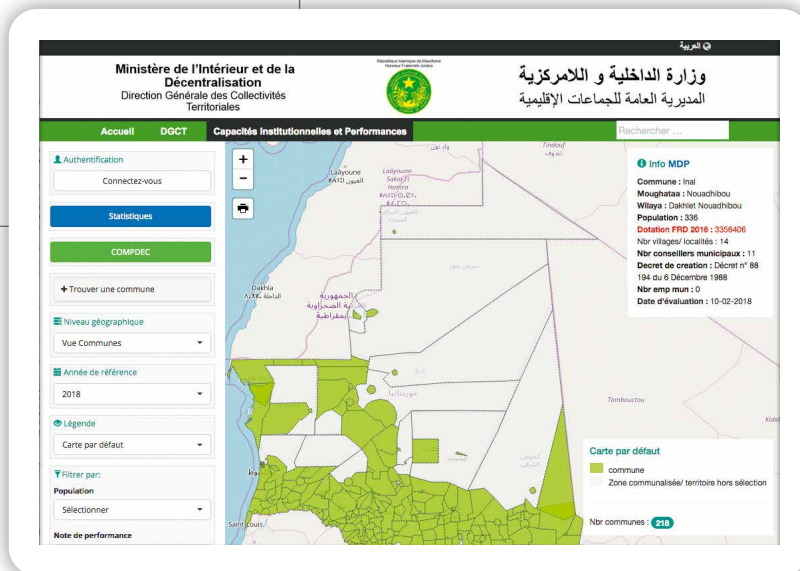
Basierend auf der existierenden Kooperation im Bereich Modernisierung der öffentlichen Finanzen, bat die mauretanische Regierung deshalb die GIZ um Unterstützung im Aufbau einer modernen IT-Infrastruktur zur Unterstützung der Dezentralisierung. Damit sollte die Erhebung, Aufbereitung und Bereitstellung von Daten zur administrativen, wirtschaftlichen und sozialen Situation der Kommunen verbessert werden.

Zunächst wurden Teams geschult und in die 218 mauretanischen Kommunen entsandt, um Informationen zu sammeln und die bereits vorliegenden Daten aus früheren Erhebungen zu verifizieren. In einem nächsten Schritt wurden die Informationen digitalisiert und Standards für die folgenden Analyseverfahren festgelegt. Die gesammelten Daten wurden dann in eine zentrale Datenbank eingespeist und über ein Datenportal den Kommunen selbst, den Regierungsstellen,



Über die Website und App sind verschiedene Informationen einzusehen. Die Daten können nach spezifischen Kategorien gefiltert werden, um gezielte Informationen zu einzelnen Kommunen zu erhalten.

→ <https://www.dgct.mr/sictm/public/>



aber auch Journalistinnen und Journalisten und der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Über diese Plattform sind nun zahlreiche Informationen einzusehen – wie etwa zu kommunalen Ausgaben und Steuereinnahmen, zur Anzahl und zum Geschlecht der Gemeindeangestellten oder zum Dienstleistungsangebot in den jeweiligen Kommunen. Eine Android-basierte App ermöglicht den Datenabruf auch unterwegs und offline.

WIRKUNG

Schon kurze Zeit nach der Einführung der elektronischen Datenerhebung und der Veröffentlichung der Daten war ein reges Interesse am Datenportal zu beobachten. Heute stellen Bürgerinnen und Bürger Fragen zu kommunalen Diensten und vergleichen Verfügbarkeit und Qualität der Leistungen in ihren Kommunen mit Nachbarkommunen. Studierende nutzen die Daten, um die Dezentralisierungspolitik Mauretaniens zu erforschen. Und eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für die stärkere Beteiligung von Frauen in der Politik einsetzt, nutzt das System, um besser nachzuvollziehen,

wie hoch der Anteil von Frauen in der kommunalen Verwaltung und den lokalen Behörden ist.

Viele Herausforderungen und Verbesserungspotenziale wurden erst mit der Einführung des neuen Systems sichtbar, ob in der öffentlichen Basisversorgung oder im Personalmanagement der Kommunen. Internationale Geber wie die Weltbank nutzen das System, um mit denjenigen Kommunen direkt zusammenzuarbeiten, die am dringendsten auf Unterstützung angewiesen sind.

AUSBLICK

Für das Jahr 2018 wird derzeit die jährliche Datenerhebung vorbereitet. Fragebögen werden aktualisiert, Schulungen durchgeführt und technische Systeme überarbeitet. Zudem arbeitet die GIZ mit dem Bürgermeisterverband der Region Tagant zusammen, um – basierend auf den erhobenen Daten – die Qualität der Kommunalverwaltung und das Angebot an kommunalen Dienstleistungen zu verbessern. Außerdem fördert die GIZ den Wissensaustausch unter den mauretanischen Kommunen.

OFFLINE TRIFFT ONLINE: PARTIZIPATIVE PARKGESTALTUNG ZUR GEWALTPRÄVENTION



SÜDAFRIKA

Projektname:

Inklusive Gewaltprävention in Südafrika

Kontaktdaten des Ansprechpartners:

Terence Smith, terence.smith@giz.de

Projektstart und -ende: 2012–2018

SDG-Zuordnung → **11** **16**

Südafrikas Städte nutzen digitale Anwendungen, um die Bevölkerung in die Planung, Gestaltung und Instandhaltung sicherer Parks einzubinden.

KONTEXT

Obwohl die Zahl der gewaltsamen Übergriffe nach Ende des Apartheidregimes zunächst sank, ist Gewalt im Leben vieler Südafrikanerinnen und Südafrikaner nach wie vor alltäglich. Seit einigen Jahren steigt die Zahl der Tötungsdelikte wieder an und ist mit durchschnittlich 34 Fällen pro 100.000 Einwohner eine der höchsten weltweit. Besonders betroffen sind junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die allein die Hälfte aller Mordopfer ausmachen.

Extreme ökonomische Ungleichheit, grassierende Arbeitslosigkeit und fehlende Zukunftsperspektiven begünstigen die Gewalt in Südafrika. Hinzu kommen die Folgen einer sozial und räumlich segregierten Entwicklung während der Apartheid. Besonders unsicher sind die urbanen Zentren. Die Stadtverwaltungen verfügen jedoch vielfach nicht über die notwendigen Mittel und die institutionellen Möglichkeiten, ihren Beitrag zur Verbesserung der Lage zu leisten.

ANSATZ

Die Beteiligung der Bevölkerung an Planungs- und Entscheidungsprozessen ist eng mit den

Themen Sicherheit und Prävention von Gewalt und Kriminalität verknüpft. Vor allem junge Menschen wurden kaum als aktive Mitglieder der Gesellschaft adressiert, die einen Beitrag zu Prävention von Gewalt und Kriminalität leisten können. Hier setzt das GIZ Programm an.

Mit einem Fokus auf städtische Ballungsräume unterstützt die GIZ Lokalregierungen darin, umfassende Maßnahmen zu entwickeln, um die Gewaltrate nachhaltig zu senken. Erklärtes Ziel ist es, den öffentlichen Raum sicherer zu machen. Digitale Anwendungen spielen dabei eine zentrale Rolle.

In einem Pilotprojekt hat die Stadt Johannesburg mit Unterstützung der GIZ, den End-Street-North-Park gemeinsam mit Anwohnern und Parknutzern wiederbelebt. So wurde der Park durch zahlreiche Aktivitäten wie Wochenendveranstaltungen zum Kennenlernen der Nachbarschaft, Sportkurse, Kampagnen zur gesundheitlichen Aufklärung, Vorlesestunden sowie gemeinsame Diskussionsrunden zur Sicherheitslage im Stadtviertel gezielt als zentraler Treff- und Anlaufpunkt für Anwohner genutzt.





links: Das Computerspiel „Minecraft“ im Einsatz: Junge Menschen können ihre Ideen für den Park spielerisch ausarbeiten.

rechts: Offline in Aktion: Anwohnerinnen und Anwohner des End-Street-North-Park werden durch gemeinsame Sportaktivitäten für die aktive Nutzung des öffentlichen Raumes mobilisiert.

Ein Highlight während des mehrmonatigen Beteiligungsprozesses war ein Workshop mit UN-Habitat, in dem das Computerspiel „Minecraft“ zur virtuellen Neugestaltung des Parks eingesetzt wurde. Hierzu wurde der Park mithilfe von Fotos, Konstruktionsplänen und digitalen Karten in virtueller Form als „Minecraft“-Landschaft nachgebildet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten nun ihre Vorstellungen und Wünsche für den End-Street-North-Park in selbstgeschaffenen „Minecraft“-Welten spielerisch ausdrücken. Ihre Ergebnisse wurden an den beauftragten Landschaftsarchitekten übergeben, der sie bei seinem detaillierten Entwurf berücksichtigte.

WIRKUNG

Der partizipative und integrierte Ansatz hat sich positiv auf die Neugestaltung des Parks ausgewirkt. Umgesetzt wurden Vorschläge für Freizeitaktivitäten wie ein Basketballfeld, ein großes Schachbrett sowie Spielgeräte für Kinder. Für zusätzliche Sicherheit für Anwohner und Parknutzer sorgen die verbesserte Straßenbeleuchtung, der verbreiterte Bürgersteig angrenzend an den Park sowie die Installation von öffentlichen Toiletten im Park. Darüber hinaus hat das Pilotprojekt auch Anwohner anderer Viertel motiviert, erste Schritte für eine Erneuerung und eine aktivere Nutzung „ihrer“ Parks zu gehen. Die konsequente Einbindung Jugendlicher bei der Neugestaltung förderte das Verantwortungsbewusstsein für das öffentliche Gut und beugt nicht nur Vandalismus vor, sondern sorgt durch Sport- und Freizeitaktivitäten zudem für den Erwerb zentraler sozialer Fähigkeiten. Die gemeinsame Gestaltung und ein aktives Manage-

ment von öffentlichen Grünflächen kann damit auch langfristig zur Eindämmung von Gewalt und Kriminalität in der Innenstadt beitragen.

„Minecraft“ hat sich als ein effektives und innovatives Instrument bewährt, um gerade junge Menschen zu erreichen und ein stärkeres Interesse an Prozessen wie Grünflächengestaltung zu wecken. Die gemeinsamen Kleingruppengespräche am Computer sorgten für einen intensiven Austausch und luden auch Bevölkerungsgruppen ein, sich einzubringen, die in anderen Prozessen häufig kaum Gehör finden. Weiterhin ermöglichte die Arbeit mit Minecraft den Teilnehmern und Teilnehmerinnen, gestalterische Details vorzuschlagen, die direkt berücksichtigt werden konnten. Dadurch wurde der persönliche Bezug für die Anwohner erhöht. Einige Beteiligte nutzten sogar zum ersten Mal einen Computer. Zentral für den Erfolg war jedoch, dass der Einsatz von digitalen Anwendungen eingebettet war in eine umfassende Strategie und eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Zivilgesellschaft und internationalen Partnern.

AUSBLICK

Während der End-Street-North-Park durch eine Baufirma umgestaltet und erneuert wird, haben Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Freiwillige eine umfassende Schulung im Gebrauch von „Minecraft“ von UN-Habitat erhalten. Insbesondere die Abteilung für Parks und öffentliche Grünflächen möchte das Computerspiel auch weiterhin bei der Neukonzeptionierung von öffentlichen Räumen einsetzen.



Warum Bürgerinnen und Bürger im
 Bürgerbüro Ashtarak, Armenien,
 nun schneller mit der Bearbeitung ihrer
 Anliegen rechnen können, lesen Sie
 auf **Seite 13**.



Lesen Sie über unsere Projekte
auf www.giz.de

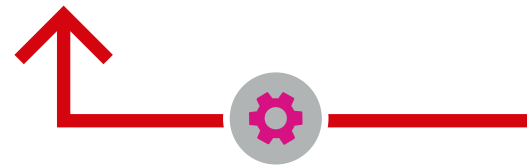


TRENDS UND AUSBLICK

CHANCEN UND RISIKEN FÜNF PRÄGENDER TECHNOLOGIE-TRENDS

Die diversen Projektbeispiele in dieser Broschüre zeigen, in welcher Breite die Fachabteilung Governance und Konflikt digitale Technologien einsetzt, um komplexe und vielschichtige Herausforderungen gemeinsam mit unseren Partnern anzugehen. Die rasante technologische Entwicklung zwingt uns jedoch auch, immer wieder aufs Neue zu hinterfragen, ob wir die richtigen Ansätze, Instrumente und Methoden wählen, um den größtmöglichen Nutzen aus Technologien zu ziehen und gleichzeitig Risiken zu minimieren.

Im Austausch mit Experten, durch wissenschaftliche Studien und in Pilotprojekten versuchen wir, genauer zu verstehen, wo die Chancen und Potenziale liegen, ob und wie wir diese neuartigen Technologien in unserer Arbeit nutzen können und welche Maßnahmen wir treffen müssen, um etwaige negative Auswirkungen zu vermeiden. In der Programmplanung und -umsetzung wenden wir dabei konsequent „Do-No-Harm“-Ansätze an, um mögliche konfliktverschärfende Wirkungen unserer Arbeit mit und zu digitalen Technologien zu vermeiden. Wir orientieren uns an den „Principles for Digital Development“ und nutzen Formate wie den „GIZ Innovation Fund“, um neue und kreative Ideen zu fördern und zu testen.



Mit den folgenden fünf Trends beschäftigen wir uns im Moment intensiv.

_01

DIGITALE DATEN

Die zunehmende Verbreitung, Vernetzung und Nutzung digitaler Geräte führen zu einer Flut von Daten, die aktiv oder passiv generiert werden. Hier sehen wir unter anderem im Bereich öffentliche Finanzen und Demokratieförderung enorme Potenziale. So nutzen staatliche Akteure in unseren Partnerländern schon heute das Potenzial von Daten aus sozialen Medien, um die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger besser zu verstehen. Daten aus dem öffentlichen Beschaffungswesen werden herangezogen, um Korruption und Vetternwirtschaft aufzudecken; und durch digitalisierte Prozesse stehen auch dem öffentlichen Finanzmanagement Daten umfassender, schneller und in höherer Qualität zur Verfügung, was eine zielgerichtete und effiziente Arbeit ermöglicht – von der Budgetplanung über das Liquiditäts- und Schuldenmanagement bis hin zur Stärkung von Transparenz und Kontrolle öffentlicher Gelder.

Doch wo Chancen sind, da sind auch Risiken. Einiges deutet darauf hin, dass die vermehrte Nutzung von Daten nur einigen wenigen zugutekommt und einzelnen Gruppen sogar Schaden zufügen kann. Das Recht auf Privatsphäre zu schützen wird zu einer immer größeren Herausforderung, die gerade wir als Entwicklungsorganisation ernst nehmen müssen. Damit verbunden stellt sich auch immer wieder die Frage, wie wir die Sicherheit von Systemen und Datenbanken durch entsprechende Cybersecurity-Maßnahmen gewährleisten.

Mit den „Responsible Data Guidelines“, die wir aktuell erarbeiten, wird es in Kürze einen unternehmensweiten Orientierungsrahmen für den sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit Daten geben, auch und insbesondere in Ländern mit schwachem Datenschutz¹. Zudem wird sich ein gemeinsam mit der Afrikanischen Union geplantes Data Lab unter anderem mit der Frage auseinandersetzen, wie mit Hilfe von digitalen Daten in Verbindung mit einer interaktiven Informationsplattform die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungsprozessen der Afrikanischen Union gestärkt werden kann.

¹ <https://www.theengineroom.org/new-research-responsible-data-with-giz/>



INTRAPRENEURE FÖRDERN – GIZ INNOVATION FUND

Bereits die zweite Runde des GIZ-internen Innovation Fund läuft 2018 an. Der Ideenwettbewerb ist ein Freiraum für Pionierinnen und Pioniere, ein Trainingsraum für Intrapreneure innerhalb unseres globalen GIZ Netzwerkes. GIZ Kolleginnen und Kollegen reichen innovative Ideen ein, die ein spezifisches Problem lösen. Durch einen digitalen Community Voting Prozess werden Teams ausgewählt und im Rahmen eines Accelerator-Programmes auch durch externe

Experten begleitet, durch Toolkits, Tests und den Bau von Prototypen ein Minimum Viable Product (MVP) zu erstellen. In einem finalen Pitch-Event wird eine Idee ausgewählt, welche durch anschließende Unterstützung in die konkrete Umsetzung mit Partnern gebracht wird. Das Thema des Innovationswettbewerbes in 2018 lautet: „Data4Development – Wie können digitale Daten die Wirkung unserer Vorhaben verbessern?“



_02 KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Der Vormarsch von Systemen und Anwendungen, die unterschiedliche Formen künstlicher Intelligenz nutzen, macht auch vor den Themen Good Governance, Frieden und Konfliktbewältigung nicht Halt. Automatisierung, Algorithmen und maschinengestützte Bearbeitungs- und Entscheidungsprozesse werden auch Auswirkungen auf Verwaltungsreformen haben, da sie die Art und Weise wie Verwaltungsdienstleistungen erbracht werden, grundlegend verändern. Das Erledigen von Routineaufgaben mithilfe von Algorithmen, das automatische Beantworten von Anfragen durch Chatbots und das automatisierte Erstellen von Dokumenten sind nur einige der Möglichkeiten, die schon heute genutzt werden. Doch die neuartigen computergestützten Prozesse stellen insbesondere den Schutz der Menschenrechte vor völlig neue Herausforderungen. Wie garantieren wir beispielsweise, dass Entscheidungen, die Algorithmen treffen, fair sind? Wer wird zur Rechenschaft gezogen, wenn diese Entscheidungen Schaden verursachen? Und wie stellen wir sicher, dass Transparenz über diese Prozesse herrscht? Und auch auf die institutionellen Folgen für unsere Partner müssen wir uns vorbereiten: die Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung werden sich verändern, Arbeitsplätze werden wegfallen und die Aus- und Weiterbildung für den öffentlichen Sektor muss überdacht werden.

Wie genau sich diese Entwicklungen auf unsere Arbeit auswirken werden und welche Mechanismen dabei effektiv sind, um Chancen zu nutzen und Risiken zu vermeiden, ist noch weitgehend unklar. Daher suchen wir den Dialog, tauschen uns mit Experten aus², veranstalten Workshops³ und geben Studien⁴ in Auftrag. Intern setzen wir uns in einer Arbeitsgruppe mit den ethischen Fragen rund um Algorithmen auseinander. In der Programmplanung und -umsetzung leiten uns auch hier „Do-No-Harm“-Ansätze, um vor Anwendung eine angemessene Risikoanalyse und -bewertung vorzunehmen und damit mit Augenmaß Chancen und Risiken abwägen zu können.

2 <https://www.giz.de/de/mediathek/66920.html>

3 <https://www.giz.de/de/mediathek/66007.html>

4 <https://webfoundation.org/2018/03/data-for-development-whats-next-new-research/>

_03

APPS, ONLINEPORTALE UND KOMMUNIKATIONSPLATTFORMEN

Wir sind uns sicher, dass die Möglichkeiten der Vernetzung, Informationsbereitstellung und Beteiligung über Apps und Plattformen weiter zunehmen werden und dadurch die ortsunabhängige Teilhabe an sozialen und politischen Foren erleichtert wird. Besonderes Potenzial sehen wir in der Einbindung von bislang benachteiligten oder ausgegrenzten Gruppen, etwa von Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Regionen, marginalisierten Gruppen oder Menschen mit Behinderung. Bürgerinnen und Bürger können über Beschwerdeplattformen auf Schwachstellen der öffentlichen Verwaltung hinweisen und damit wichtige Impulse für bürgernahes und effizientes Verwaltungshandeln geben. Gleichzeitig können Bürgerinnen und Bürger öffentliche Dienstleistungen und Services einfacher, schneller und mit transparenteren Verfahren abrufen und in Anspruch nehmen.

Diese neuen Kommunikationswege werden uns in Zukunft auch helfen, schwierige Themen besser zu adressieren, etwa im Bereich der Gewaltprävention. Auf dem digitalen Weg können wir beispielsweise Jugendliche leichter erreichen und ihnen alternative Wege der Konfliktlösung aufzeigen oder mit entsprechenden Inhalten Geschlechterstereotypen entgegenwirken. Dabei spielt gerade die Anonymität dieser Kanäle eine wichtige Rolle. Dank ihrer, trauen sich Menschen ihre Meinung kundzutun oder Hilfe und Beratung bei schwierigen Themen wie geschlechtsspezifischer Gewalt in Anspruch zu nehmen.

Die Herausforderungen sind jedoch enorm: Nehmen Cyberattacken und Zensur zu, wird die Teilnahme an digitalen Prozessen zum

Risiko. Gleichzeitig erleben wir, dass die zunehmenden – auch digitalen – Attacken gegen die Zivilgesellschaft und die Einschränkungen der Meinungsfreiheit zu einer enormen Gefahr für demokratische Prozesse werden. Insbesondere dort, wo Institutionen schwach sind oder mangelnde Rechtssicherheit besteht, kann etwa eine Bürgerbeteiligungs-App schnell zum Feigenblatt werden. Außerdem sehen wir, wie die digitale Kluft inzwischen weit über den fehlenden Zugang zu Infrastruktur hinausgeht: Sprache oder digitale Kompetenzen können auch entscheidende Ausschlussfaktoren sein. Bereits benachteiligte Gruppen drohen so noch mehr von Diensten und Ressourcen ausgeschlossen zu werden.

Wir versuchen, diese Herausforderungen beim Design unserer Projekte zu berücksichtigen und sie durch gezielte Initiativen direkt zu adressieren. Bei unserem Kommunalentwicklungsvorhaben in Kamerun etwa arbeiten wir mit lokalen Universitäten daran, ein Netzwerk der existierenden Telecenter auszubauen, deren Dienstleistungen zu verbessern und mit sogenannten Mesh-Netzwerken die Internetabdeckung im ländlichen Raum zu erweitern. Mit der „#eSkillsforGirls-Initiative“ oder dem „Girls Innovation Camp“⁵ in Indonesien versuchen wir außerdem, die Inklusion und den Schutz von Frauen und Mädchen im Internet voranzutreiben. In Uganda stärken wir die Kompetenzen von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich digitale Sicherheit und digitale Rechte. So wollen wir gemeinsam sicherstellen, dass sie sich im Netz vor möglichen Angriffen schützen, und die verfügbaren Handlungsspielräume effektiv nutzen können.

⁵ Informationen zu den beiden Beispielen sind auf <https://www.eskills4girls.org/> zu finden.



Principles *for* Digital Development



PRINCIPLES FOR DIGITAL DEVELOPMENT

Im Februar 2018 haben wir offiziell die „Principles for Digital Development“ unterzeichnet. Die neun Prinzipien bieten uns und unseren Partnern eine konkrete und leicht verständliche Orientierung für die Planung und Umsetzung wirkungsvoller digitaler Ansätze. Über die Digital Impact Alliance (DIAL) vernetzen wir uns zudem global mit anderen Praktikern über unsere Erfahrungen und lernen von anderen.

→ <https://digitalprinciples.org/>



_04 BLOCKCHAIN

Die Blockchain, eine Transaktionstechnologie, ermöglicht eine dezentrale Speicherung und Bearbeitung von Datensätzen, bei der sämtliche autorisierte Änderungen als zusätzliche Blöcke synchronisiert werden. Damit enthält jeder Datensatz alle jemals durchgeführten Transaktionen, und ein Datensatz kann nicht ungesehen verändert werden. Die Blockchain birgt dadurch große Potenziale, um Transparenz und Rechenschaftspflicht bei Interaktionen zwischen Staat, der Bevölkerung und Wirtschaft zu stärken. Die Hoffnung wächst, dass die Verwendung dieser Technologien unter anderem einen Beitrag zur Korruptionsbekämpfung und zur Transparenz in Lieferketten leisten kann. Auch bei der Verteilung und Verwendung von Entwicklungsgeldern, beim Aufbau von nicht manipulierbaren öffentlichen Registern oder bei der Steuerung und Dokumentation des Bezugs öffentlicher Leistungen ist die Anwendung von Blockchain denkbar. Der breitenwirksame Nutzen von Blockchain steht jedoch vor der Herausforderung des hohen Energieverbrauches, die die Technologie mit sich mitbringt. Derzeit

gibt es noch wenig Erfahrungswerte zur Verwendung von Blockchain in der Entwicklungszusammenarbeit. Um die praktische Umsetzung der neuen Technologie zu testen, arbeitet deshalb das „GIZ Blockchain Lab“⁶ an der Entwicklung und Erprobung neuer Modelle an der Schnittstelle von Regierung, Forschung, Wirtschaft und Blockchain-Start-ups. In einzelnen Ländern wie Georgien laufen bereits erste Pilotprojekte.⁷ Die Grundbucheinträge des nationalen Registers werden dort unter Nutzung der Blockchain-Technologie digital zur Verfügung gestellt. Damit ist die Echtheit der Datensatzkette garantiert, und die Möglichkeiten von Manipulation und Korruption sind begrenzt.

⁶ <https://www.giz.de/de/weltweit/67045.html>
⁷ <https://www.giz.de/de/mediathek/65457.html>

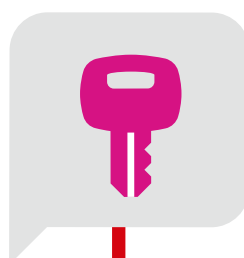
_05

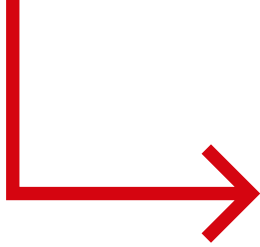
DIGITALE TECHNOLOGIEN IN FRAGILEN KONTEXTEN

Digitale Technologien werden auch vermehrt in fragilen und politisch instabilen Kontexten genutzt, die von Konflikten, mangelnder Infrastruktur und schwacher Rechtsprechung geprägt sind. Insbesondere in entlegenen und schwer zugänglichen Gebieten werden innovative Hardware-Technologien wie Satelliten oder Sensoren zur Datenerhebung eingesetzt. Zudem werden mithilfe von Drohnen und Ballons Flüchtlingslager mit dem Internet verbunden, um Geflüchteten den Zugang zum Internet zu ermöglichen. Auch versprechen neuartige Technologien eine bessere Reaktion auf Krisen und Katastrophen. In Kolumbien testen wir etwa den Einsatz von Satellitentechnologie und Algorithmen, um vermisste Personen in den schwer erreichbaren Gegenden des Regenwaldes ausfindig zu machen. Die Nutzung von digitalen Anwendungen in fragilen Staaten birgt jedoch mehr noch als in anderen Kontexten die Gefahr von potenziell negativen Auswirkungen. So könnten Daten etwa gezielt zur Diskriminierung benachteiligter Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden, wenn sie in falsche Hände geraten. Auch ist für den

Einsatz von Technologien eine Infrastruktur nötig, die je nach lokalen Gegebenheiten in manchen Fällen erst errichtet werden muss. Diese Infrastruktur könnte in der Folge von Konfliktparteien missbraucht werden. Darüber hinaus bieten Kommunikationssysteme und Onlineplattformen ebenso die Möglichkeit, zu Gewalt und Verfolgung bestimmter Gruppen aufzurufen.

Insbesondere in fragilen Kontexten hat für uns die Wahrung der Privatsphäre und der Schutz der Menschenrechte oberste Priorität. Während wir zum einen diverse technische Innovationen nutzen, von Drohnen zum Transport von Medikamenten bis hin zum Einsatz von Videotelefonie zur psychosozialen Betreuung von Flüchtlingen, führen wir zum Beispiel auch Weiterbildungsmaßnahmen insbesondere für Journalistinnen und Journalisten und Aktivistinnen und Aktivisten durch, damit diese sich und ihre Netzwerke bei der Nutzung digitaler Anwendungen effektiv schützen können.





Ban-Ki Moon, UN-Generalsekretär von 2007 bis 2016

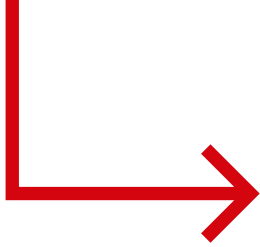
„WIR KÖNNEN DIE ERSTE
GENERATION SEIN, DER
ES GELINGT, DIE ARMUT ZU
BESEITIGEN, EBENSO WIE
WIR DIE LETZTE SEIN
KÖNNTEN, DIE DIE CHANCE
HAT, UNSEREN PLANETEN
ZU RETTEN.“

DIE GIZ UND DIE SDGS

Die Umsetzung der Agenda 2030 ist weltweit in vollem Gange. Mit ihrer Ausrichtung auf internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung orientiert sich die GIZ in hohem Maße daran und trägt zum Erreichen ihrer Ziele bei. So unterstützt sie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und andere Bundesressorts wirksam bei der Umsetzung der Agenda 2030 in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern. Darüber hinaus kann die GIZ bei der Umsetzung auch für weitere Auftraggeber und Kofinanziers tätig werden.

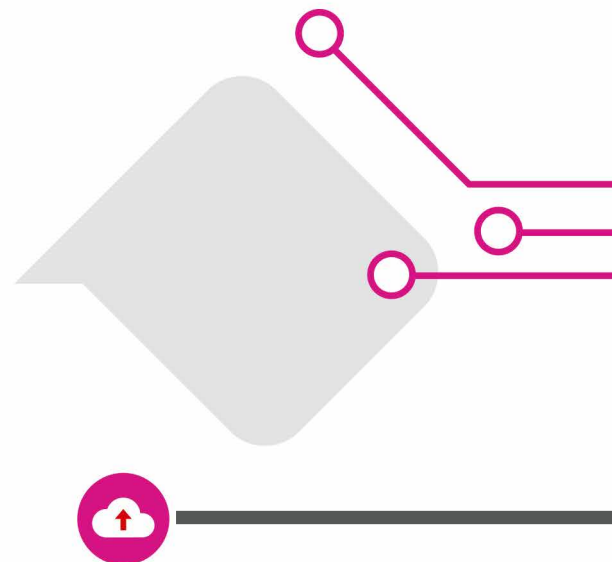
In der gesamten Publikation haben wir an Stellen, die sich auf die SDGs beziehen, die jeweiligen Ziele als grafische Orientierung hervorgehoben.





Ban-Ki Moon, UN-Generalsekretär von 2007 bis 2016

„WIR KÖNNEN DIE ERSTE
GENERATION SEIN, DER
ES GELINGT, DIE ARMUT ZU
BESEITIGEN, EBENSO WIE
WIR DIE LETZTE SEIN
KÖNNTEN, DIE DIE CHANCE
HAT, UNSEREN PLANETEN
ZU RETTEN.“



IMPRESSUM

Als Bundesunternehmen unterstützt die GIZ die deutsche Bundesregierung bei der Erreichung ihrer Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung.

Autoren und Autorinnen:

Julia Manske, Andreas Pawelke

Konzeption, Koordination und Management:

Lisa Hiemer, Arlett Stojanovic, Leonie Stoll

Verantwortlich:

Joachim Fritz

Herausgeberin:

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Fach- und Methodenbereich
Abteilung Governance und Konflikt

Dag-Hammarskjöld-Weg 1–5
65760 Eschborn, Germany
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15

E lisa.hiemer@giz.de
I www.giz.de

twitter.com/giz_gmbh
www.facebook.com/gizprofile
youtube/gizonlinetv

Design/Layout:

SCHUMACHER – Brand + Interaction Design
www.schumacher-visuell.de, Darmstadt

Lektorat:

Melanie Heusel

Fotonachweise/Quellen:

S. 8: GIZ/Gewalt- und Kriminalitätspräventionsprogramm;
S. 11 GIZ/Nina Korte; S. 13: GIZ/Azatuhi Mnatsakanyan;
S. 15: GIZ/Mehdi Anassi; S. 19 oben: Dooz/Rahaf Shouli,
Mitte: Dooz/Jalaa Abu Arab Screenshot: Markus Meier;

S. 21: Thomas Kelly; S. 23 unten: Harald Spahn; S. 25,
links: www.reconstruccion.co/#overview, unten:
[www.vivelabbogota.com/Álvaro Triana](http://www.vivelabbogota.com/Álvaro%20Triana), rechts: Juana
Callejas; S. 29: Sheto Risky Prabowo; S. 31:
www.dgct.mr/sictm/public/; S. 33: GIZ/Gewalt- und
Kriminalitätspräventionsprogramm

URL-Verweise:

In dieser Publikation befinden sich ggf. Verweise zu externen Internetseiten. Für die Inhalte der aufgeführten externen Seiten ist stets der jeweilige Anbieter verantwortlich. Die GIZ hat beim erstmaligen Verweis den fremden Inhalt daraufhin überprüft, ob durch ihn eine mögliche zivilrechtliche oder strafrechtliche Verantwortlichkeit ausgelöst wird. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der Verweise auf externe Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Wenn die GIZ feststellt oder von anderen darauf hingewiesen wird, dass ein externes Angebot, auf das sie verwiesen hat, eine zivil- oder strafrechtliche Verantwortlichkeit auslöst, wird sie den Verweis auf dieses Angebot unverzüglich aufheben. Die GIZ distanziert sich ausdrücklich von derartigen Inhalten.

Kartenmaterial:

Kartografische Darstellungen dienen nur dem informativen Zweck und beinhalten keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten. Die GIZ übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit des bereitgestellten Kartenmaterials. Jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung entstehen, wird ausgeschlossen.

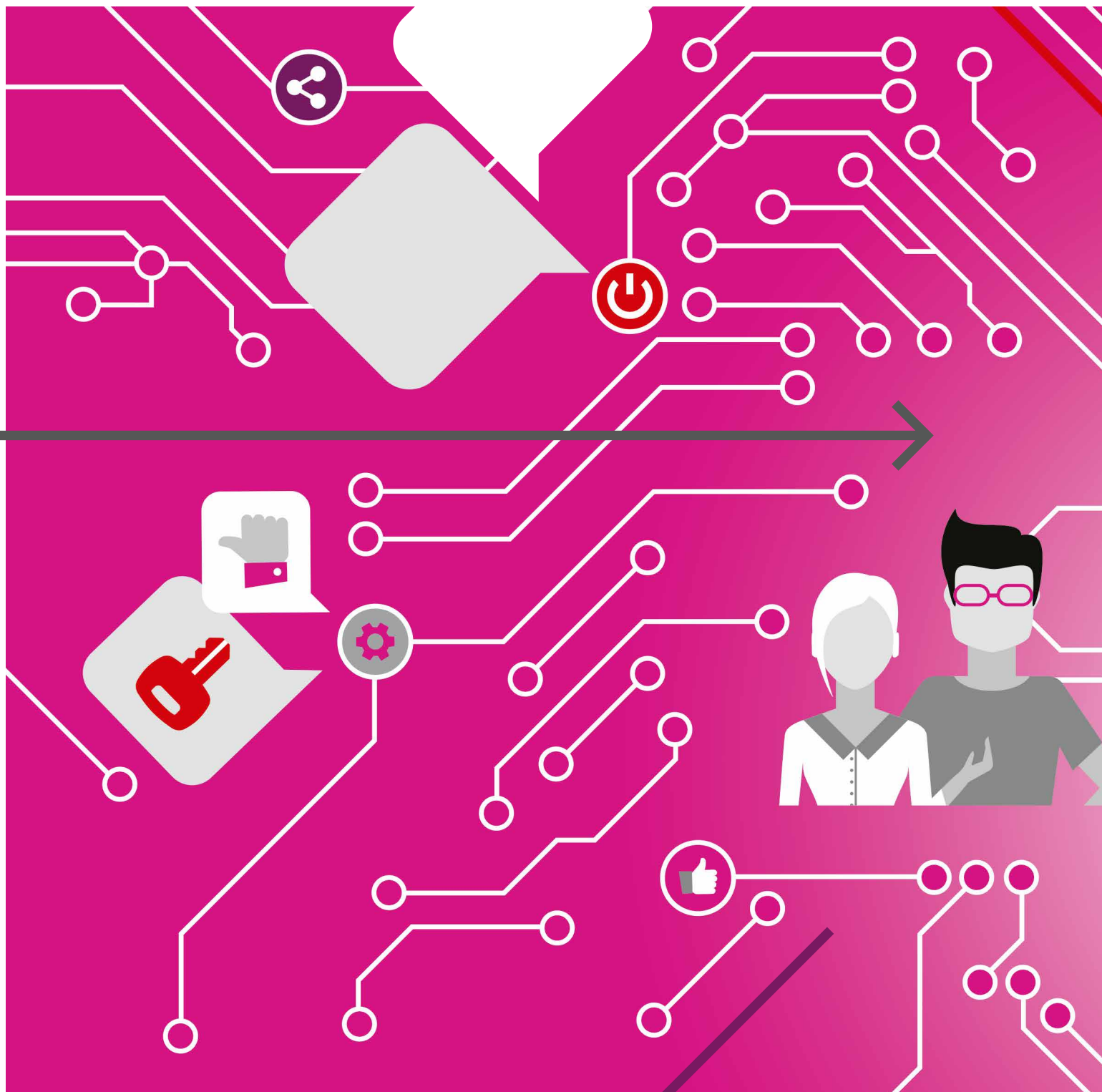
Druck und Vertrieb:

Krüger Druck+Verlag GmbH & Co. KG
www.kdv.de, Dillingen

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, nach FSC-Standards zertifiziert.

Eschborn, September 2018

Das vorliegende Dokument ist auf der GIZ-Website als PDF-Download verfügbar unter www.giz.de/fachexpertise/html/1941.html
Anfragen nach einer gedruckten Ausgabe richten Sie bitte an lisa.hiemer@giz.de



Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 36+40
53113 Bonn, Deutschland
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn, Deutschland
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15

E info@giz.de
I www.giz.de